

MAECENATA STIFTUNG

Stimmen aus der Zivilgesellschaft 20 Kommentare aus der Maecenata Stiftung

März – August 2020



Inhalt

Vorwort.....	2
Jasmin Aksan / Finn Büttner: Kreativ in der Krise – Die Zivilgesellschaft lässt sich das Geben nicht nehmen	3
Rolf Alter: EXIT STRATEGY from COVID19 – First step, the transition.....	4
Hind Arroub: Corona: A virus shaking the world, reshaping tomorrow. A View from Morocco.	7
Elke Bojarra-Becker: Krisen wie diese: Bewährungsproben für das Miteinander zwischen Zivilgesellschaft und Kommunen?	9
Daphne Büllsbach: Wo geht die Reise hin?.....	11
Wolfgang C. Goede: Covid-19. Racism-20. And ???-21. The question marks allow only one response: World Civil Society-21. Why?	12
Marie-Catherine von Heereman: Anerkennung und Unterstützung für Engagierte in der Krise	14
Siri Hummel: Gleichstellung in Zeiten von Corona.....	16
Carmen Hussein / Malte Schrader: Corona in Indien.....	18
Alexander Kauschanski: Welche Zukunftskompetenzen braucht die Zivilgesellschaft nach der Covid-Pandemie?	20
Chris Lange: Häusliche Gewalt und Corona-Krise.....	22
Goda Milasiute: Covid-19 in the humanitarian settings: a multiple challenge	25
Nathalie Prange: COVID-19 and the 'business of bordering': The rise of citizen detectives and state implemented borderwork-practices	28
Nathalie Prange: 2020: The year of crisis or crises?.....	29
Eckhard Priller: Die Zivilgesellschaft reagiert, aber sie sollte mehr können.....	31
Malte Schrader: Solidarität in Zeiten der Coronavirus-Pandemie.....	33
Rupert Graf Strachwitz: Eine Kolumne von Rupert Graf Strachwitz.....	35
Rupert Graf Strachwitz: Zur Europawoche – Ein Blick über die Grenzen.....	36
Stefan Toepler: USA: Corona, George Floyd, Trump oder was?	38
Henning von Vieregge: Wehrt Euch! Wege aus der Altersfalle	42
Biographien.....	44

Vorwort

Als der Shutdown und Lockdown kamen, meldeten sich viele zu Wort: Politikerinnen und Politiker, Expertinnen und Experten, Führungskräfte der Wirtschaft und andere. Die Stimme der Zivilgesellschaft war kaum zu vernehmen. Deswegen beschloß die Maecenata Stiftung, nach ihren Möglichkeiten einen Beitrag dazu zu leisten, daß in der Krise auch die Stimme der Zivilgesellschaft gehört wird. So entstand das Format ‚Eine Stimme aus der Zivilgesellschaft‘. Ende März 2020 erschien die erste ‚Stimme‘, ab dann jeden Freitag um 8 Uhr eine neue, im August 2020 die 20. und vorläufig letzte. Die Stiftung dankt den insgesamt 10 Autorinnen und 9 Autoren, die alle in irgendeiner Form mit der Stiftung verbunden sind, herzlich für ihre meinungsstarken und die Debatte bereichernden Beiträge. Sie alle weisen auf Positionen, Nöte, Sorgen und Beiträge der Zivilgesellschaft in Zeiten der Pandemie hin, die in der allgemeinen Berichterstattung zu wenig wahrgenommen worden sind.

Sehr bewußt ging und geht es zwar auch, aber eben nicht nur darum, Hilfe einzufordern. Vielmehr muß deutlich werden, was die Zivilgesellschaft leisten kann, um aus der Krise herauszufinden, wie sehr es jetzt auch auf sie ankommt und welche ideellen Ressourcen sie einbringen kann. Daß wir das Format nun erst einmal wieder einstellen, bedeutet nicht, daß wir die Krise für überwunden halten. Auch werden wir uns weiterhin im öffentlichen Diskurs zu Wort melden.

Alle bisher veröffentlichten ‚Stimmen‘ bleiben auf der Webseite der Stiftung abrufbar. Die bisherigen 20 ‚Stimmen aus der Zivilgesellschaft‘ legen wir hier in zusammengefaßter Form vor. Sie können gern weiter verbreitet werden.

Berlin, im August 2020

Dr. Rupert Graf Strachwitz

Jasmin Aksan / Finn Büttner:
Kreativ in der Krise – Die Zivilgesellschaft lässt sich das Geben nicht nehmen

Globale Herausforderungen erfordern grenzüberschreitende Lösungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen leben das seit Langem vor. Auch in dieser Krise.

Die Covid-19-Pandemie und ihre Folgen sind für uns nach wie vor eine Black Box. Neben vielen Unklarheiten ist eines jedoch recht deutlich auszumachen: Die Pandemie und ihre Folgen trennen uns auch finanziell und grenzüberschreitend in Menschen, die unter der Krise leiden und andere, die dies viel weniger müssen. Während manche keine finanziellen Einbußen erleiden müssen, wissen andere nicht, wie sie ihre laufenden Kosten bestreiten sollen.

Aus dieser Gemengelage ergibt sich eine gesellschaftliche Herausforderung, die nicht allein durch staatliche Finanzpakete gelöst werden kann – und mögen sie noch so üppig sein. Die Zivilgesellschaft beweist insbesondere in dieser Ausnahmesituation eine große Kreativität sowie eine immense Leistungs- und Anpassungsfähigkeit – und wir können mit ihr und durch sie diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung erfolgreich angehen!

Die Bedürfnisse der von der Covid-19-Krise benachteiligten Menschen sind mannigfaltig, so dass eindimensionale Lösungen nicht ausreichen werden. Die fundamentalen Aufgaben des dritten Sektors, so fasst es Eckhardt Priller in der Stimme vom 10. April 2020 zusammen, sind „Zuversicht, Trost, Solidarität, Vertrauen“. Nicht nur diese Multidimensionalität zivilgesellschaftlicher Bemühungen vermag es, dieser Krise holistisch entgegenzutreten; zivilgesellschaftliche Strukturen weisen im Gegensatz zu staatlichen Hilfsprogrammen auch wesentliche Soft-Skills auf. Sie sind viel näher an den Sorgen der Menschen, sie erkennen genauer, wo die Not am größten ist. Ebenso bieten sie vielseitige Ansatzpunkte für solidarisches Geben, für diejenigen, die es können – und wollen mit Hilfe der digitalen Vernetzung sogar ganz ohne direkten Kontakt.

Neben lokalen Initiativen in Deutschland und international agierenden Hilfsorganisationen, zeigen auch gemeinnützige Organisationen im Ausland sowohl innovative als auch konstruktive Wege, diese globale Herausforderung anzugehen.

In Myanmar beispielsweise hat sich die Organisation Child's Dream zur Aufgabe gemacht, niedrigschwellig und doch wirkungsvoll die Mitmenschen durch eigens produzierte Videos zum Zuhause-bleiben zu ermutigen. Ebenso koordinieren Freiwillige die Verteilung von medizinischem Equipment vor Ort. Die Syrienhilfe reagiert auf die Krise mit der Verteilung von Seife und Informationszetteln in gegenwärtig 44 Lagern und in zahllosen Einzelunterkünften, so auch in Idlib. Diese Bemühungen finden unter erschwerten Bedingungen statt, da die ausländischen Expert*innen größtenteils ausreisen mussten und Veranstaltungen ausbleiben müssen.

Über diese kreativen bürgerschaftlichen Insellösungen hinaus werden schließlich Rufe nach speziellen Fonds lauter, mit deren Hilfe zivilgesellschaftliche Organisationen passgenaue, schnelle und vielschichtige Unterstützung für ebendiese benachteiligten und besonders gefragten Menschen ermöglichen können.

Tanja Busse und Frank Adloff plädieren in einem Gastbeitrag in der SZ vom 20. April 2020 für einen „sozial-ökologischen Solidaritätsfonds“, der von Zivilgesellschaft und der Deutschen

Bundesregierung gemeinsam geschaffen werden sollte und in den die „Gewinner der Corona Krise“ freiwillig einzahlen mögen.

Eine Beteiligung der Bundesregierung in dieser Form erscheint wenig wahrscheinlich.¹ Ohnehin sehen die zivilgesellschaftlichen Initiativen, und das nicht nur in Krisenzeiten, von bloßem nationalstaatlichen Denken ab und suchen stets nach grenzüberschreitenden Lösungen. Sieht man also von der geforderten staatlichen Unterstützung ab, entspricht das Plädoyer von Adloff und Busse der bereits eingeübten Praxis!

Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) hat in Zusammenarbeit mit der Swiss Philanthropy Foundation binnen kurzer Zeit einen speziellen COVID-19 Solidarity Response Fund etablieren können. Er hat zum Ziel, „den am stärksten gefährdeten Menschen in den Ländern mit den schwächsten Gesundheitssystemen zu helfen“. Konkret sichert der Fonds schnelle und zielgenaue Förderungen für Forschungsprojekte darunter die Impfstoffentwicklung und Equipment für medizinisches Personal.

Als Mitglied des europäischen Stiftungsnetzwerks Transnational Giving Europe (TGE), einer seit über 20 Jahren bestehenden zivilgesellschaftlichen Infrastruktur, spielt die Swiss Philanthropy Foundation die entscheidende Rolle für die rasche Entstehung und den Erfolg dieses Fonds. Bürger*innen und Unternehmen in Europa ist es somit möglich, steuerbegünstigt Spenden in diesen Fonds zu vergeben. Mittlerweile haben 278.0003 Spender bereits über 200 Millionen US\$ zur Verfügung gestellt. Spenden aus Deutschland für diesen Fonds nimmt vorzugsweise die Maecenata Stiftung als deutsches Mitglied des TGE-Netzwerks entgegen.

Der kommende Dienstag, der 5. Mai 2020, wird als Giving Tuesday Now, als globaler Tag des Gebens in der Covid-19-Krise, begangen. Dieser internationale Aktionstag lehnt sich an den #GivingTuesday an, der 2012 in den USA ins Leben gerufen wurde und jedes Jahr mehr gesellschaftliches und unternehmerisches Engagement zugunsten von Gemeinden und NPOs fordert.

Am 5. Mai, dem #GivingTuesdayNow-Aktionstag wollen wir Sie im Rahmen eines virtuellen Tags der Offenen Tür über das transnationale Spenden in Corona-Zeiten informieren. Sie erreichen uns ab 10 Uhr unter: Tel. +49-30-28387909. Wir freuen uns auf Ihre Fragen!

Rolf Alter:

EXIT STRATEGY from COVID19 – First step, the transition

Now is the time for governments, the private sector and civil society to develop governance approaches for exiting the corona crisis.

Time to move on?

Despite continuous warnings that the visibility on the further course of the Corona virus remains weak and unprecedented government decisions about massive lifelines for locked down OECD economies, the public debate for a rebalancing of policy priorities is in full swing: is it time to “reopen for business” and return to our normal lives? Previously diverse views on the appropriate strategy of fighting the virus have now concurred globally by and large on lock downs of citizen. Focusing on flattening the curve of infections over time will keep healthcare

systems operating. To avoid the collapse of economic life governments basically opted for raising public debt, spending money and increasing liquidity in support of the private sector and employees. Of course, no government can force people to stay in their homes forever. No one can finance the soaring health costs forever. No one can put large parts of the economy in an artificial coma forever. So, how long will current policies last?

The answer depends on the underlying EXIT strategy.

Calling now already for the development of recovery plans at national and supranational level for post corona times makes utter sense. Overcoming the type of economic breakdown which is now projected – anything between 5 and 10 percent negative growth of GDP for 2020 for most countries – will indeed require some serious efforts of preparation by governments, parliaments, social partners and stakeholders of civil society. However, those calls risk missing the critical challenge of how first to get to the other side of the river. What is required urgently, is a strategy for managing the transition from today's crisis management to reconstruction and recovery. It is obvious that this strategy will be complex and requires immediate attention as it is to address the whole range of health, economic and societal concerns in a comprehensive and coherent way.

Where do we stand today?

For the time being, many governments are in dramatic crisis management mode as far as public health is concerned. The lack of awareness and preparedness of national risk management for a "black swan" accumulated over the past go way beyond low levels of resilience. On the economic side, many paradigms and principles held until very recently without any room for questioning have been thrown overboard, again with no time for questioning. Balanced budgets? Debt limits? Bailouts? As remarkable as the speed of leaving yesterday's beliefs behind, was the absence of substantive democratic parliamentary debate about the policy responses so far, not to speak of failing to listen to the voices of civil society. These experiences can be expected to have significant consequences for the transition period. Four issues stand out.

Trust in government and society

Formulating a credible and effective strategy for the transition will be delicate, both politically and technically. Having declared war on the virus and no definite peace in sight, leaders will want to avoid declaring capitulation, in the interest of maintaining trust in democracy's stability and capacity to act. Fortunately, this ambition is aligned with the interest of leaders in their own political future. While uncertainties about the course of the pandemic persist, embarking on any process of transition must be based on evidence and experts. What exactly will trigger and guide any rebalancing is going to be an issue of political judgment which science cannot replace. Political responsibility for the course of action also includes achieving a fine balance between encouragement of citizens and business for a new beginning and precaution in the face of unforeseen setbacks on the way to recovery. Whether waves of infection and their varying degrees of confinement can be managed, and tracking apps be used will depend to quite some degree on the confidence of citizens in government. Calling again on national unity may no longer work as at times of crisis management. Diverse economic and societal interest will resurface making approval of measures of transition conditional on how they are perceived

to be dealt with. Once general confinements are over, top down orders are no longer working during transition either. Leadership qualities will be indispensable, but so will reopening the space for democratic process and institutions. Civil society will reclaim its space too, both contributing to overcoming the obstacles to successful transition, but also as watchdog of political decision making and management.

Solidarity in transition to a new world

Solidarity which political leaders have solicited extensively in their discourse to mobilize citizens and business until now will need to be kept very much in mind of governments when defining the pathway of transition and the plans of recovery. Many citizens will request fairness in sacrifices and opportunities for the weak and the strong, across all frontlines of the war from medical staff to the cashier in supermarkets, and among generations. Zero tolerance for profiteering, fraud and corruption will be another imperative of public action. Inclusive societies must become more than a slogan.

Responsible business conduct

For business, reopening means of course the renewed chance for competition for markets and customers of goods and services. Their effective contributions to capacity-building and innovation of the health sector will be watched closely, from closing gaps in the supply of urgently needed medical machines, safety outfits or facilities to speeding up the search for treatment and immunization. Beyond health, their performance and attitudes during the transition period will certainly influence the design of the rules of the new game of post-corona economy. Even previously adamant political leaders in favor of markets and a restrained role for government refer these days to an increased role for the public sector where for example health should no longer be open to the private sector. Some also see more economic independence and sovereignty becoming critical qualities of national economies.

Europe as the relevant policy unit

For countries in Europe, the space to operate the transition must be European. Physical and economic survival of the EU depends on mobilizing the full potential of the ingenuity, capacities and assets of more than 400 mill people with high levels of education and a remarkable track record of prosperity and peace. Valuing diversity and solidarity cannot be limited to governments and business, it will have to apply also to citizens and civil society to ensure that Europe's voice and experience become part of the global recovery and renewal from the pandemic.

Towards a better future?

A well thought through and well-handled transition as the first step of the exit from the pandemic might offer the prospect of a brighter future. Despite many shortcomings, the governance capacities deployed and displayed during the current period of crisis management are promising indications for the ability to reform and rebuild our societies and economies. The recovery will show whether we actually draw on these lessons and seize the opportunities to deliver on solidarity, fairness and trust. Climate change could be the next candidate to demonstrate our new won experiences and insights of this unprecedented crisis.

Hind Arroub:

Corona: A virus shaking the world, reshaping tomorrow. A View from Morocco

This biological disaster might be a chance for autocratic regimes to reconsider their politics and instead of wasting their budgets on disciplining and punishing their populations, they should use them to build strong and just nations.

Under the catastrophic pressure of disease, the Moroccan regime is rapidly implementing solutions which were the people's demands before corona time.

When Corona struck, the Moroccan State hastened to adopt all possible preventive measures against the disease out of fear of popular discontent with the weak, the „nickle-and-dimed“ and the marginalized. This included constituting a Collective Corona Fund which raised 32 Billion Dirhams (3 Billion dollars) in a very short period of time, without resorting to borrowing. Also, a monthly stipend of 2000 Dirhams (200 dollars) was granted to the needy. Moreover, as one of the confinement measures, the due date for rents, mortgage payments, and utility bills was postponed, in order to maintain the economic and social stability of the country as well as the financial well-being of its citizens. This was done to keep the hungry commoners from protesting in the streets, bearing in mind that deprivation often defies the state's confining laws and orders. It appears that the Moroccan state is trying its best to solve the complex issues fathered by Corona.

In the surprising trials and tribulations of the Corona disease, the Moroccan State has mobilized all its forces and resorted, through the arm of its government, to exceptional urgent measures in order to face the global pandemic and keep the nation and its people safe. These commendable efforts show us that when one wants to find a solution, the goal will be reached. Emergency solutions, as applied in numerous political and economic contexts, were called for throughout the history of independent Morocco. But unfortunately, these demands, had not found welcoming ears with the rulers. Punishment and fear replaced dialogue and negotiation, and those who dared to voice demands concerning a better and equal life, justice and decent citizenry, had been jailed. Today Corona, this invisible virus, unmasks our frail structures and delivers us back to our bleak situation. The state apparatus is taking all necessary measures and cannot put Corona in jail.

My hope is that Corona crisis will become the corner stone of a national open social dialogue as well as a trust builder between the leader and his people.

I kindly ask, hereby, the institution of the Monarch, as the highest authority in Morocco, to order the release of prisoners of opinion and participants in social peaceful protests, in order to benefit from their share of knowledge in the construction of our new home during these pandemic times, as well as in the period of post-reconstruction. These men and women behind bars are firm believers in the greatness of their country and are willing to volunteer to build a safe and hopeful motherland.

The biological catastrophe united all people on earth behind the rallying call of facing Covid-19 and being saved from its claws. We were so busy in our daily routines, our egotistical pursuits, and our virtual cocooning, that we forgot the fate that united us all. The humans of the 21st century believed to be in control of life, aided by an arsenal of tanks, inventions, predictions of imminent dangers and preying on nature, until a biological invisible predator,

contagious, fast and as tiny as few atoms, took them by surprise, like in times of the Plague or the Spanish Flu. This invisible guest disabled our movement, weakening the most majestic nations, let alone weaker ones. Is Corona a revenge of Mother Nature, hurt in its pride? This tectonic earthquake will, for sure, constitute a paradigm shift in human life, from Pre-Corona to Post-Corona times.

The After-Corona era will introduce us to new concepts and mores, shaking signifiers and signified in all fields.

World geopolitics, Economic hierarchies, modes of governance and the conduct of international relations will no more remain the same. This „guest“ will, without doubt, change the nature of the chessboard’s major players, their moves and their coalitions. Will we become more isolationist or will we confess to our need of mutual cooperation? Will closing borders, no matter how exceptional and deterrent a measure this is, become a global reality, or will we be inspired to rethink freedom of movement? Will medical confinement become a political confinement even in democratic regimes or will it push authoritarian regimes to weigh in the importance of their citizens? Will the Military force shift from a destructive war machine to a constructive human reserve of labour? What will become of international institutions after having failed to predict the coming of this „plague“? Will they favour restructuring, or will they continue to weaken vulnerable economies through debt and imposed economic plans? Will our collective conscience lick the wounds of its Corona wounds to remember those of the Palestinians, Syrians, Iraqis, and Yemenis? To put it simply, will it pay attention to the displaced, the migrants and the unjustly incarcerated? Will our populations, the vulnerable ones at least, wake up one day to reclaim their history by consolidating social cohesion, class rapprochement and by believing in our common destiny?

The *“homo coronus”*, be he or she rich and poor, has been social-distanced, and in some countries, has needed permission to set a foot outside his very house, and his needs reduced to what was deemed essential. Corona is calling humanity to refresh its academic memory, far from profligate consumerism. We are in a time when we are redefining our relationship to things and wants, brothers and sisters, spirit and matter, and to time and space. This biological disaster might be a chance for autocratic regimes to reconsider their politics and instead of wasting their budgets on disciplining and punishing their populations, they should use them to build strong and just nations. This episode will also be an opportunity for developed nations to let go of their grip on international stock markets, technological gadgets and military toys, lest they all be destroyed, in a blink of an eye, by an invisible Virus. On a more humanistic level, this disease confined us to sanitize not only our bodies but also our souls so that our inner selves become more resistant to our whims and vagaries. Let us all ride the wave of creativity, innovation, humor, and solidarity, for Corona is merely a vanishing tornado that leaves in its trail learning crumbs to be collected by those among us who are ready to read Corona’s lips.

Elke Bojarra-Becker:

Krisen wie diese: Bewährungsproben für das Miteinander zwischen Zivilgesellschaft und Kommunen?

Die Zivilgesellschaft – sei es institutionalisiert oder in freien Zusammenschlüssen – ist (insbesondere) in Krisenzeiten zusehends als feste Instanz in unseren Kommunen akzeptiert. In der aktuellen Phase war es lange überraschend still um sie und in ihr.

Klar ist: die Zivilgesellschaft ist da und verschafft sich mehr und mehr Gehör. Aber sie wird in der aktuellen Situation noch immer vergleichsweise zögerlich spür- und sichtbar. Dies überrascht, da es bei aller Heterogenität von Selbstverständnissen, Strukturen und Definitions- und Abgrenzungsansätzen doch eine ziemliche Übereinstimmung darüber gibt, dass zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse sich spontan und flexibel sowie anwaltschaftlich an die (politische) Öffentlichkeit wenden. Die Akteure der Zivilgesellschaft tun dies freiwillig und in dem Rahmen und Umfang, wie sie Interesse und Zeit dazu haben. Mit anderen Worten: die Zivilgesellschaft macht, was sie will und nicht, was andere wollen. Nicht selten ist sie da präsent, wo der Staat an Grenzen stößt. Diese Handlungslogik hat sie für eine Zusammenarbeit mit der eher durchregulierten öffentlichen Hand lange Zeit unattraktiv gemacht. Sie ist in der Tat nicht selten unbequem. Vielfach wurde sie als konkurrierend bis störend wahrgenommen. Dies hat sich in Teilen geändert: Kein Hochwasser ohne tatkräftige Unterstützung zahlreicher freiwilliger Helfer*innen sowie zivilgesellschaftlicher Institutionen. Zivilgesellschaftliche Akteure und ihr Beitrag im Quartier sind (nicht nur) in der Sozialen Stadt nicht mehr wegzudenken. Die Relevanz für „ihre“ Stadt und die Stadtentwicklung wird seit der Gründung der ersten Bürgerstiftungen vor über 20 Jahren nicht angezweifelt. Der Beitrag zivilgesellschaftlicher Akteure im Rahmen des Zuzugs von Geflüchteten in den Jahren 2015/16 war beispiellos – auch in der öffentlichen Wahrnehmung. Im Rahmen der Corona-Epidemie ist irgendetwas anders. Sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft, als auch in der Wahrnehmung von außen. Klar: es gab und gibt Nachbarschaftshilfe und Musik-Darbietungen vor Seniorenheimen während des Lockdowns, und nicht wenige Unternehmen engagieren sich in dieser Zeit in besonderer Weise. Während aber Sorgen um die Ökonomie, das Gesundheitswesen oder gar Europa sehr schnell politisch und vor allem medial aufgegriffen wurden, kamen anwaltschaftliche Positionierungen und Sorgen um häusliche Gewalt, Vernachlässigung oder Vereinsamung, Armut und eine absehbare Segregations-Zunahme vergleichsweise zögerlich an die Oberfläche. Inzwischen sind solche absehbaren Probleme benannt, aber kaum Teil des öffentlichen Diskurses. Es bräuchte aber an dieser Stelle dringend einen Diskurs – und Taten. Es scheint die Stunde der Politiker*innen und damit der gewählten Demokratie zu sein. Die deliberative Demokratie – so man sie nicht auf die diskursive Einbeziehung von Virologen, Wirtschaftslobbyisten oder die Stimme einzelner Betroffener oder „anderer“ Expert*innen in den Medien reduzieren will (das kann nicht gewollt sein) – wirkt geschwächt und die Zivilgesellschaft gegen ihre Art eher leise reagierend, statt laut agierend. Gerade in den ersten Wochen der Krise hat die Politik das Gros der Bevölkerung positiv überrascht. Ob diese ungewohnt restriktive und zunächst an einem Strang ziehende Politik ein Grund dafür ist, dass Teile der Zivilgesellschaft ihre Themen und Akzente nicht platzieren konnten, wird wohl eine der Fragen bleiben, die nur schwer zu beantworten sind. Ein Augenmerk verdient in dieser Zeit ein Blick auf den bereits ohnehin konstatierten Shrinking Space of Civil Society. Böll Stiftung, Brot für die Welt, das Maecenata Institut und andere sehen den zivilgesellschaftlichen Sektor global, aber auch in Deutschland wachsenden Restriktionen und schrumpfenden Handlungsspielräumen ausgesetzt. Die

Zivilgesellschaft wird ausgebremst. Mögliche Folgen zeigen sich in dieser Ausnahmephase in besonderer Weise, denn Zivilgesellschaft ist, wie dargestellt, auf Öffentlichkeit ausgerichtet. Ansgar Klein bezeichnet die öffentlichen Räume als „Lebensexier zivilgesellschaftlicher Aktivitäten“. Die konstatierten closed public spaces zeigen im Rahmen der Corona-Krise anschaulich, welche Folgen diese haben: sie wirken sich extrem auf die Möglichkeiten, vielleicht auch das Selbstbewusstsein zivilgesellschaftlicher Akteure aus. Damit einher geht die Herausforderung, dass zivilgesellschaftliche Akteure und Institutionen, die sonst so flexibel und nah am Menschen sind – dies alles nicht sein durften oder konnten. Distanz war und ist gefragt (an Fenstern stehen und klatschen), für den Nachbarn einkaufen ist hilfreich, aber wenig effektiv gegen Vereinsamung oder Bewältigung von Ängsten; die Einrichtung digitaler Plattformen ist nicht gerade originäres Handlungsfeld vieler zivilgesellschaftlicher Akteure, und damit erreichen viele nur begrenzt die Menschen; anwaltschaftlich Handeln für die Schwachen und Schutzbedürftigen ist wichtig, aber wie an diese herankommen, wenn Kitas, Schulen – und Haustüren verschlossen bleiben. Diese Aufzählung ließe sich problemlos fortsetzen und zeigt, dass die Zivilgesellschaft sich natürlich angepasst und reagiert hat, wenn auch eingeschränkt und recht „leise“. Hätte sie dafür mehr reden müssen – den Finger auf Wunden legen? Oder hat sie dies, aber aus irgendeinem Grund hat es nur vereinzelt den Weg in die Öffentlichkeit und die Medien gefunden? (Die stimmungsbildende Rolle der Medien durch die Auswahl von Themen und Expertinnen und Experten, durch Suggestivfragen, und damit deren Macht und Einflussnahme muss an anderer Stelle reflektiert werden – eine Analyse tut dringend Not!) Hier zeichnet sich ein deutlicher Unterschied zu vorangegangenen Krisen ab: Bei Hochwassern oder der Flüchtlingskrise wurden Engagierte und zivilgesellschaftliche Zusammenschlüsse zuletzt medial „gefeiert“. Sie waren Sprachrohr, Multiplikator und Anwalt und damit unverzichtbare Partner der öffentlichen Hand. Wird diese Funktion der Zivilgesellschaft allein deshalb so anders, weil ein Abstand von 1,50 Meter einzuhalten ist? Über die tatsächlichen Ursachen kann zum jetzigen Zeitpunkt nur spekuliert werden; es ist davon auszugehen, dass es sich um einen Mix von Ursachen handelt. Es lässt sich aber festhalten, dass der Zivilgesellschaft z.T. die Hände gebunden sind oder waren. Auch Überforderung mag eine Rolle gespielt haben. Natürlich ist es auch innerhalb der Zivilgesellschaft eine Aufgabe und Herausforderung, sich mit den (digitalen) Möglichkeiten und Grenzen von Aktivitäten reflektierend auseinanderzusetzen. Wichtig ist es, in der nun anstehenden Phase des Umgangs mit den Folgen, von denen viele noch gar nicht absehbar und kalkulierbar sind, gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Denn sicher ist, dass die aus der Corona-Krise und dem Lockdown resultierenden Herausforderungen erst noch kommen und bewältigt werden müssen. Auf kommunaler Ebene tut es insbesondere aus zwei Gründen Not, sich mit der aktuellen Situation und dem Miteinander zu befassen. Zum einen sind gerade hier die Folgen für die Zivilgesellschaft noch nicht absehbar. Bislang war kaum die Rede von einem Rettungsschirm für NGOs, Sportvereine oder Tafeln. Deren Beitrag für sozialen Zusammenhalt, das Gemeinwesen, Integration etc. ist unumstritten. Absehbar drohen Einbrüche bei Spenden und Vereinsaustritte. Eine Vielzahl von Initiativen musste ihre Aktivitäten (vorerst) einstellen – oder zumindest reduzieren, weil diese maßgeblich von älteren Menschen und damit einer Risikogruppe getragen werden. Das kann nicht im Interesse von Kommunen sein. Die Vergangenheit hat uns zum zweiten gezeigt, dass es ohne einen aktiven Part der Zivilgesellschaft – idealerweise in Kooperation und nicht Konkurrenz zur Kommune – kaum funktionieren kann, mehr noch, dass dieser einen Mehrwert bedeutet. Den in mühsamer Arbeit gesponnenen Faden eines konstruktiven Miteinanders nicht reißen zu lassen, muss im Interesse beider Seiten sein. Daher braucht es jetzt ein erstarkendes Miteinander. In der Flüchtlingskrise wurden bewusst zivilgesellschaftliche Vertreter*innen in

Krisenstäbe und regelmäßige Runden einbezogen – nicht selten wurden sie gar durch die Zivilgesellschaft initiiert. Es wäre sinnvoll, sich zeitnah mit solchen Krisenstäben und deren Zusammensetzung und Aufgabenstellung zu befassen, um zu agieren, anstatt zu reagieren, wenn die (Spät)-Folgen auf kommunaler Ebene spürbar werden – denn das werden sie.

Der hier vorgelegte Beitrag ist in ähnlicher Form im Juni 2020 erschienen in: Difu-Magazin ‚Berichte‘, Sonderheft ‚Stadt und Krise - Gedanken zur Zukunft‘.

**Daphne Büllesbach:
Wo geht die Reise hin?**

Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft — Doch wohin geht die Reise in Europa? Trotz unseres demokratischen Systems scheint es an dem Mitspracherecht der Zivilgesellschaft noch zu ruckeln. Dieses erkämpft sie sich mit der Conference on the Future of Europe sowohl lokal als auch transnational.

Wenn Sie Auto fahren, nutzen Sie sicherlich häufig ein Navigationssystem. Dieses System ermöglicht es Ihnen, auf der besten Route zum Ziel zu kommen. Dabei kann es dazu kommen, dass die Route neu berechnet wird. Ein einfacher Vorgang, weil sich einige Parameter zwischenzeitlich verändert haben, es gibt Stau, einen Unfall, oder eine neue Umgehungsstrasse. Gesellschaftlich ist ein Neuberechnen der Route dagegen häufig zäh und besonders schwierig, wenn es mit langjährigen Routinen bricht und an die Grundfeste unserer Vorstellungen von Gesellschaft und Wirtschaft tiefer einzugehen und die Bedrohung von Covid-19 für die (europäische) Demokratie zu thematisieren. Es gründete sich die Initiative Citizens Take over Europe, die mittlerweile fast 50 Organisationen aus mehr als 10 europäischen Ländern umfasst, unter ihnen das European Civic Forum, European Alternatives, oder das deutsche Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE).

Citizens take over Europe will die Route neu berechnen. In einem offenen Brief an Bundeskanzlerin Merkel fordert sie, aus Anlass der Übernahme der EU Ratspräsidentschaft von Deutschland:

„We demand a fundamental rethinking on how our European democracy works by empowering citizens by tried and tested participatory tools to influence decision making, as well as through innovative deliberative methodologies. [...] We are developing and will advocate for key criteria for a successful Conference on the Future of Europe, that puts citizens at the heart of the process.“

Das Bündnis will ein Mitspracherecht im Design der Conference on the Future of Europe und fordert Merkel auf, diese Ratspräsidentschaft für einen ‚Neuanfang‘ zu nutzen. (Mehr über die Initiative Citizens take over Europe und der gesamte Brief sind hier zu finden: <https://citizenstakeover.eu/>)

Es ist richtig, dass die Zivilgesellschaft in Europa versucht, sich diese Mitsprache zu erkämpfen: Sie sollte selbstverständlich sein, ist es aber nicht. Vielerorts werden zivilgesellschaftliche Gruppen sogar zurückgedrängt wie in Ungarn. Bürger*innenbeteiligung ist noch lange keine Selbstverständlichkeit, und natürlich bleibt sie schwierig, desto höher die Ebene ist und desto weiter weg von der lokalen Ebene und der Lebenswirklichkeit der Bürger*innen. Es ist immer ein sowohl als auch: lokal und transnational zugleich, um beide Ebenen und ihre

Wechselwirkung mitzudenken. In Covid-19-Zeiten hat sich eines deutlich gezeigt: die Parameter des Sozialen haben sich in kürzester Zeit geändert. Es ist an der Zeit, auch die Parameter der Mitbestimmung auf transnationaler Ebene neu zu denken.

Die Komplexität dieser Herausforderung wird in den letzten Jahren unterstützt durch eine veränderte Kompetenz zivilgesellschaftlicher Organisationen: Sie haben an Fachwissen, Methodik, Netzwerken und schließlich (internationaler) Kampagnen-Schlagkraft hinzugewonnen. Gleichzeitig zeigte das Ergebnis der Europawahlen 2019 auch deutlich: Die Wahlbeteiligung ist fast allerorts in der EU wieder gestiegen. Ein Interesse für europäische Themen besteht oder anders gesagt, europäische Öffentlichkeit kann punktuell entstehen. Eine gut aufgestellte und unter Beteiligung von zivilgesellschaftlichen (lokalen) Gruppen organisierte Conference on the Future of Europe kann und sollte unbedingt die Chance nutzen, Öffentlichkeit zu schaffen für die Bedeutung des Ausbaus transnationaler Demokratie in Europa. Nicht zuletzt um die Route weg von der rechtspopulistischen Einbahnstrasse zu wählen.

Wolfgang C. Goede:

Covid-19. Racism-20. And ???-21. The question marks allow only one response: World Civil Society-21. Why?

Besides the Coronavirus, another virus has recently become increasingly visible: the virus of racism, inequality and poverty. A look at the colonial past helps put things in perspective.

Among all uncertainties about Covid-19, which we have been confronted with over the past months, we're witnessing these days a second, unexpected outbreak, possibly more poisoning and lethal than the physical virus: the virus of racism, inequality, poverty. Let's cut through all speculations and get a handle on this right here!

This second wave started in the United States back in February with President Trump not taking measures against the rapidly spreading avalanche of infections. "It will go away like a miracle", he calmed down the nation. It did not. On the contrary, the US and New York City became the epicentre of the pandemic with more than 100.000 fatalities so far and 40 million unemployed, struggling to make ends meet. Ten thousands of lives could have been saved, critics claim, if Trump had reacted with a whole-hearted lockdown two weeks earlier.

Many black and brown folks, frontline workers with high exposure to the virus and little or none health insurance could still be alive, perhaps. The pandemic revealed blatant inequalities of a country that likes to raise its voice for democracy and human rights and intervene around the globe. Thus it took only one more droplet of fire accelerator to set the country afire. The brutal police killing in plain public of George Floyd, an Afro-American in Minnesota on May 25.

The new virus has come out of the closet. Racism. Manifestations in London, fierce protests of Afro-French citizens in Paris against discrimination, German soccer in controversy over solidarity gestures of players, and ZEIT reporting on daily German racism. As this is written in the morning of June 4 in Medellín, the "El Colombiano" is being delivered with an outcry on its front page. Medellín's daily shows the indigenous tribe Huitotos in Leticia, Colombia's Amazon port – headline: "Necesitan atención", they need attention!

93 covid-infected indigenous communities in South America, 548 fatalities, with no medical and protective equipment in the region, open borders around the Amazon river, and traditionally very little resistance of indigenous people against the viruses, which colonists have brought to the Americas over the past 500 years. Covid-19 is just another disease in a long chain of imported epidemics and pandemics. "Covid demonstrates the historical debts of the nations towards the indigenous", comments Silvana Baldovino, Peruvian Society of Environmental Rights on the fearsome development in South America.

Which, at first sight, is largely attributed to Brazil's populist and autocratic head of state, as most commentators agree on. Like his fellow-president in the North he ridiculed the threat of the pandemic and recommended prayers and a strong belief in God as the remedy, as Bolsonaro's middle name is Messiah ("Messiah"). Now the virus is creeping from heavily infected Brazil via Amazonia into the neighboring countries. Some like Peru and Colombia took immediate shutdown measures within record time after horrible pictures from Italy and Spain had gone viral.

Containment has been effective in Colombia (499 infections per million inhabitants as opposed to 5.409 in the US: Inst. Nacional de Salud/end of May), whereas Peru has been less fortunate (4.306). 70 percent of the population belongs to the informal labor force – streetworkers with the option "hunger or virus". Accordingly, the director of the German Colombian Peace Institute CAPAZ, Stephan Peters, had warned early on in March in the international media: "Inequality kills: Corona will hit the Global South much harder than the North. The risk of massive political unrest and instability is looming."

Which leads back to our focus: What's the underlying current? What has Trump to do with the indigenous, Macron with Bolsonaro, Merkel with Floyd? A whole lot!

Spike Lee, prominent New York filmmaker and multiple award winner stated in an CNN interview this week: That the United States was built on injustice and racism; that the British settlers took the land away from the native Indian population and imported slaves from Africa; that over 400 years racism has flourished in US institutions and the population with innumerable cases of lynching, police brutality, everyday discrimination – "enough is enough", concluded Lee. Corona is a radical break.

Lee's historic judgement of European colonialism and illegal acts of usurpation applies very much, even more so to the Southern regions of the Americas. In an unprecedented historic genocide more than 90 percent of the indigenous population was eradicated, largely due to imported diseases like flu and smallpox.

With a corona recurrence now in the Amazon Basin, while its deforestation in the shadow of the pandemic accelerates and puts the world climate even more at risk. This all on top of millions of homicides during the submission of Hispanic America, mass slavery like in the North, church brutality, shameless robbery of gold and valuable natural resources. All this we have learned in history – but have things changed?

Conquest and exploitation never stopped, the fuse is burning – and in light of its flame it's high time to rethink Western civilization and enlightenment, redefine liberty, freedom, democracy, reassure us of our common future. In account of this sad history we may have doubts that our political, economic, religious leaders can fix this. If you understand this as a call for the world

civil society as a unique cosmos of independent bodies of unorthodox and courageous thinkers and makers to jump into this global crisis, forge bridges across antipodes and shape the post-corona world, I'd feel myself understood.

Why don't we start with brushing up our language? America is made up of 35 independent nations, one of which is US-America. America is with more than 700 different languages spoken (560: LatAm, 175: US) culturally so diverse that *the Americas* is an increasingly popular geographic term.

Marie-Catherine von Heereman: Anerkennung und Unterstützung für Engagierte in der Krise

In Zeiten der Corona-Pandemie erfahren zivilgesellschaftlich Engagierte die Anerkennung und Unterstützung, die ihnen gebührt. Diese Wertschätzung muss die Krise überdauern.

Was macht die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Organisationen aus?

Zivilgesellschaftliche Organisationen widmen sich gewöhnlich einem bestimmten gesellschaftlichen Themenbereich. Das Spektrum ist sehr weit: Sie ergänzen die staatliche Daseinsfürsorge in vielen Bereichen; in anderen verfolgen sie Themen, die andere Institutionen (noch) nicht oder nur in einer bestimmten Weise bearbeiten. Sie greifen Anliegen auf, die in der Gesellschaft entstehen und bestehen, formulieren und kanalisieren sie. Die gegenwärtige Situation ist stark bestimmt von der Sorge, dass die Ausbreitung des Coronavirus zahlreiche Menschen schwer erkranken lässt und Behandlungskapazitäten an ihre Grenze kommen könnten. In dieser Situation zeigen zivilgesellschaftliche Organisationen, wozu sie in der Lage sind: Sie erkennen aus ihrer Erfahrung heraus, wenn, wann und wie sich ihre Tätigkeit verändern muss, um ihren Zweck weiter zu erfüllen. Ein klares Selbstverständnis weist den Weg: Die „Tafeln“ stellen von Ausgabestellen auf Lieferung um, die Hilfsorganisationen mobilisieren Menschen, Material und Hintergrunddienste. Aus Besuchsdiensten werden Einkaufshilfen und ausführliche Telefongespräche. Die Zivilgesellschaft entwickelt neue, der Situation angemessene Ideen, mit denen weitere Personengruppen einbezogen werden, sei es als Helfende, sei es als Begünstigte: Kinder und Jugendliche schreiben und malen für Bewohner*innen und Mitarbeiter*innen von Seniorenheimen, die keinen Besuch bekommen dürfen. Online-Plattformen ermöglichen, Hilfe anzubieten, Informationen zu teilen und sich zu Aktionen zu verabreden. Musiker*innen spielen live vor Pflegeeinrichtungen. Zivilgesellschaftliche Organisationen bieten Plattformen für persönliches Engagement. Sie eröffnen die Möglichkeit, als Einzelner etwas zu bewirken, ohne Einzelkämpfer zu sein. Sie greifen auch damit Strömungen aus der Gesellschaft auf, machen sie zum Thema. Dadurch geben sie dem Einzelnen Raum, aktiv zu werden – in einer Weise, die ihm nützlich erscheint. Der Mensch erlebt, dass er sich persönlich daran beteiligen kann, eine Gefahr abzuwenden. In dem Maß, in dem das gelingt, wird er anschließend auch zu den Gewinnern gehören. Dafür sehen wir gegenwärtig eine Fülle von Beispielen: Privatleute und Firmen stellen Organisationen Autos und Motorroller für Transporte zur Verfügung, bringen Masken und Einweghandschuhe aus geschlossenen Geschäften, schenken Lebensmittel, führen Haustiere aus – die Liste der Beispiele ließe sich beliebig verlängern. Hilfsbereitschaft ist eine Möglichkeit, die eigene psychische und emotionale

Widerstandskraft zu stärken, zu kanalisieren, zu ordnen. Selbst, auch in Gemeinschaft, etwas gegen eine Bedrohung tun zu können, hilft gegen Sorge und Angst. Es verbessert die Resilienz, macht stärker gegen ein Gefühl der Lähmung. Ihr eine Plattform zu geben, ist im Sinne des Subsidiaritätsprinzips Aufgabe der Zivilgesellschaft.

Was folgt?

Es wird viel darüber gesprochen, dass auf die „große Anstrengung“ Anerkennung folgen müsse. Dabei reden wir von Geld und auch von besseren Arbeitsbedingungen. Das sind wichtige Instrumente der Anerkennung und dringend geboten. Wir sollten jedoch auch von anderen notwendigen Veränderungen reden. Meine Wunschliste für die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements im Post-Corona Deutschland lautet so:

1. Ich wünsche mir, dass im neuen Alltag Feuerwehr, Polizei und Rettungskräfte nicht in ihrer Arbeit behindert, angegriffen, angespuckt, beleidigt, verletzt werden.
2. Ich wünsche mir, dass im neuen Alltag Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft und Dank unter Nachbarn für noch mehr Menschen selbstverständlich bleibt.
3. Ich wünsche mir, dass sich Anerkennung in einem zugewandten menschlichen Umgang äußert. Dass sich viele Menschen weiterhin im Rahmen ihrer Möglichkeiten schöne Überraschungen ausdenken, z.B. kleine Konzerte in Heimen, einen Anruf bei einer alleinstehenden Person oder einem lange nicht kontaktierten Freund. Auch diese Liste ließe sich verlängern.
4. Ich wünsche mir, dass Unterstützungsstrukturen für Menschen in besonders angespannten Lebenslagen stabilisiert und verstetigt werden. Dazu zählen insbesondere Personen ohne Obdach, Familien, Kinder und Jugendliche in schwierigen finanziellen Verhältnissen sowie alleinerziehende Selbstständige.
5. Ich wünsche mir, dass zivilgesellschaftliche Organisationen als kompetente und aufrichtige Partner wahrgenommen und unterstützt werden und Freiraum für Engagement nicht wegreguliert wird.

Information für freiwilliges Engagement: Adressen:

<https://www.berlin.de/buergeraktiv/informieren/coronavirus/nachbarschaftliche-hilfe/>

<https://www.berliner-tafel.de/berliner-tafel/helfen/ehrenamt/aktueller-bedarf/>

<https://www.berliner-obdachlosenhilfe.de/helfen/hilfe-waehrend-der-corona-pandemie/>

<https://mitvergnuegen.com/2020/ideen-jetzt-helfen-berlin/>

Siri Hummel: Gleichstellung in Zeiten von Corona

Die Corona Krise untergräbt den bisherigen Fortschritt im Kampf um mehr Geschlechtergerechtigkeit. Es gibt zwei wesentliche Gründe, warum die Zivilgesellschaft dies stoppen muss.

In der Kakophonie der interessengeleiteten Forderungen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zur Corona Schadensbegrenzung finden gleichstellungsorientierte Stimmen mal wieder nur schwer Gehör. Während ein virtueller Wirtschaftsgipfel den nächsten jagt, die staatlichen Maßnahmenpakete zur Stützung derselben rasch umgesetzt wurden und die ersten Geschäfte wieder öffnen, herrscht noch immer planloses Schulterzucken über das ob, wann und wie von Betreuungs- und Bildungsangeboten. Durch Corona hat der Staat diese gesellschaftlichen Dienstleistungen von einem Moment zum nächsten komplett privatisiert und auf jene abgewälzt, die ‚eh schon grad dabei waren‘. Was schon vorher empirisch gut belegt war, verschärft sich in der Krise frappant: Die Sorge-Arbeit liegt wieder einmal in erster Linie bei Frauen, mit dem Unterschied, dass es nun zusätzlich zur Heimarbeit auch noch Heimarbeit 2.0 gibt.

Hatten Frauen auch vor der Corona-Krise bereits doppelt so viel Sorgearbeit geleistet wie Männer – im Schnitt vier Stunden und 13 Minuten täglich – zeigt eine aktuelle Studie der arbeitnehmernahen Hans Böckler Stiftung, dass die Corona-Pandemie gerade einen Retraditionalisierungstrend auslöst: Spürbar mehr Frauen (24 Prozent) als Männer (16 Prozent) haben ihre Arbeitszeit reduziert. Damit steigt die Lohn- und Rentenanspruchslücke mal wieder. Frauen sind deutlich häufiger freigestellt und befinden sich zudem häufiger im krisenbedingten Urlaub. Leben Kinder im Haushalt, übernehmen Frauen den größten Teil der nach Kita- oder Schulschließungen anfallenden Betreuungsarbeit. Laut der Studie setzen sich dabei in vielen Familien schon vorher bestehende Muster der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung nun zugespitzt fort. Und auch von den Elternpaaren, die sich die Erziehungsarbeit zuvor ungefähr gleich aufgeteilt haben, tun das nur noch rund 62 Prozent auch während der Krise. Zwischen Home-Office, Kinderbetreuung, häusliche Altenpflege und Haushalt bahnen sich psychische und gleichstellungstechnische Katastrophen an, die sozial verheerend sind und die die erstrittenen Freiräume und den Kampf um mehr Geschlechtergerechtigkeit um Jahrzehnte zurückwerfen können, wenn wir nichts tun.

Dieses Tun und die unterstützende Stimme dahinter, sollte, ja muss, aus der Zivilgesellschaft kommen. Denn die Zivilgesellschaft hat aus zweierlei Gründen eine besondere Sorgfaltspflicht zur Umsetzung einer gleichstellungsgerechter Lebenswelt: Die organisierte Zivilgesellschaft besteht zu einem in ihrer Arbeitnehmerstruktur überproportional aus Arbeitnehmerinnen, d.h. dreiviertel der Menschen, die in diesem Sektor arbeiten, sind weiblich. Gleichwohl ist die Arbeitgeberseite, die Führungsposition nach wie vor männlich dominiert. Der vor kurzem veröffentlichte Fair Share Monitor zeigt, dass nach wie vor 70% aller Führungspositionen in zivilgesellschaftlichen Organisationen (ZGO) von Männern besetzt sind und ein Mann sechs Mal so gute Chancen hat, eine Führungsposition zu erlangen als eine Frau. Mit dieser Unwucht geht eine besondere Verantwortung einher, da wir schlichtweg nicht davon ausgehen sollten, dass Vollzeitarbeitende ‚CIS-Chefs‘, die Bedarfe und Perspektiven von zumeist in Teilzeit arbeitenden Frauen antizipieren werden. Ein Problem ganz besonders in dem Moment, in dem Betriebsstrukturen radikal umgebaut, digitalisiert und neujustiert werden müssen. Ein anschauliches Beispiel dieser blinder-Fleck-Analytik dürfte diese Tage Empfehlungen der Nationalen

Akademie der Wissenschaften Leopoldina dargestellt haben, deren Kommission aus 26 (!) Männern und zwei Frauen zwischen 51 und 78 Jahren sich zu Recht vorwerfen lassen mussten, in ihrer Stellungnahme zur Corona-Maßnahmen wesentliche, substantielle Positionen, u.a. von Frauen, vergessen zu haben.

Zum anderen ergibt sich die besondere Sorgfaltspflicht der ZGOs aus ihrer Gemeinwohlorientierung.

Wir sehen momentan wie stark das Gemeinwohl auf den Schultern von Frauen liegt – und schon immer lag –; sei es als Ärztin, Verkäuferin oder Pflegerin in ihren Berufen oder als jene ‚Leiterinnen des kleinen erfolgreichen Familienunternehmens‘ der Vorwerk Werbung, die darauf achtet, dass das soziale Auseinander eingehalten, die Hände desinfiziert und niemand im Dichtestress der eigenen vier Wänden verrücktspielt. Sollte das die alleinige Aufgabe von Frauen sein? Sicherlich nicht – und dennoch ist Fakt: Frauen übernehmen mit der Sorge-Arbeit auch den Großteil des sogenannten *mental loads*, also jene Mehrbelastungen, die über die Summe der praktischen Aufgaben hinaus auch die Last der alltäglichen Verantwortung für das Organisieren von Haushalt und Familie, die Beziehungspflege sowie das Auffangen persönlicher Bedürfnisse und Befindlichkeiten umfasst. Eine Last, die in der momentanen, auch emotionalen, Ausnahmesituation, in der wir alle stecken, noch viel mehr an Gewicht gewinnt. Ihnen diese Fürsorge und Systemrelevanz mit Ignoranz und absehbar wieder geringeren Rentenansprüchen zu vergelten, wäre – mit Verlaub – unglaublich ungerecht und asozial!

Solidarität wird in diesen Zeiten großgeschrieben; und solidarisch handeln heißt in dieser Bedeutung nichts anderes als gemeinwohlorientiert handeln. Die Zivilgesellschaft und ihre Organisation sollten in der Achtsamkeit und Sorge füreinander eine Vorreiterrolle einnehmen und sich ihrer inhärenten Handlungslogik des gemeinnützigen Imperativs noch bewusster werden. Konkret heißt das: Die Arbeitsbedingungen sollten so flexibel wie möglich gestalten, der Druck nicht auch noch erhöht werden, sei es mit Abgaben, mit abschlägigen Vertragsverlängerungen oder in der unsicheren Förderung von Projekten. Flexibel heißt hier gerade nicht im Sinne einer neoliberalen Allzugriffigkeit und Optimierung der Arbeitnehmerin, sondern im Sinne der Sorgfalt füreinander, die sich der aktuellen Mehrfachbelastung der Mitarbeitenden bewusst ist. Viele ZGO tun das bereits in bemerkenswerter Weise. Es sollte aber unser Anspruch sein, die Vorreiterrolle wirklich einzunehmen und neue Parameter zu setzen.

Die Corona Krise katapultiert uns in die digitalisierte Arbeitswelt, da sind sich die meisten Experten sicher. Dass dies arbeitnehmerverträglich und geschlechtergerecht geschieht, kann nicht nur Aufgabe von Gewerkschaften sein, sondern muss von der Zivilgesellschaft und ihrer eigenen ‚Betriebslogik‘ gefördert und umgesetzt werden. Beispielweise mit einem Anrecht auf Home-Office, ebenso wie einem Anrecht auf einen Arbeitsplatz im Büro – flexibel und nach Bedarf eben.

Es wäre die besondere Aufgabe von zivilgesellschaftlichen Organisationen ihre Gemeinwohlorientierung, zu der sie sich verpflichtet haben, genau hier neu zu interpretieren.

Carmen Hussein / Malte Schrader: Corona in Indien

Die Schere zwischen Arm und Reich geht in Indien immer weiter auseinander. Die brutale strukturelle, soziale und wirtschaftliche Ungleichheit wird in der Corona-Krise umso sichtbarer. Zivilgesellschaftliche Organisationen spenden Hoffnung.

Gesellschaftliche Spaltung durch Covid-19 in Indien und Hilfe durch die Zivilgesellschaft am Beispiel einer NGO

Am 24. März verkündete Premierminister Narendra Modi die größte Ausgangssperre der Welt. Öffentlicher und Individualverkehr wurden untersagt, Märkte geschlossen. Die indische Bevölkerung hatte vier Stunden Zeit, um angemessene Vorkehrungen zu treffen. Seither müssen mehr als 1,38 Milliarden Menschen wegen des Virus zu Hause bleiben. In Indien offenbarte sich die brutale strukturelle, soziale und wirtschaftliche Ungleichheit: während sich die Wohlhabenden und die Mittelschicht in ihre geschlossenen Wohnanlagen zurückziehen können, stehen die ökonomisch schwächer gestellten und marginalisierten Bevölkerungsgruppen vor großen Herausforderungen. Viele der in Indien lebenden Menschen arbeiten im informellen Sektor und haben keine Krankenversicherung. Oftmals sind sie auf ihren Tageslohn angewiesen, leben von der Hand in den Mund oder kommen als Wanderarbeiter*innen aus anderen Regionen. Zusammen mit anderen Betroffenen leben sie auf beengtem Raum in Slum Unterkünften, unter Brücken oder auf der Straße. Für sie ist die Angst vor dem Virus zweitrangig: Es drohen Arbeitslosigkeit und Hunger.[1]

Instrumentalisierung von Covid-19 für Hetze gegen Muslime

Tablighi Jamaat, eine islamische Missionsbewegung, hat ihren Hauptsitz im muslimisch geprägten Stadtteil Nizamuddin Basti im Herzen Delhis. Sie organisierte Mitte März eine umstrittene religiöse Versammlung, an der fast 2.000 Menschen teilnahmen. Dieses Treffen wurde in kürzester Zeit als Hotspot für die Verbreitung des Virus im ganzen Land identifiziert und die muslimische Minderheit von hindunationalistischen Organisationen für die vermeintlich vorsätzliche Verbreitung des Virus verantwortlich gemacht.[2] Die Basti wurde im Zuge dessen, wie weitere Gebiete, als sogenannte *Containment Zonen* eingestuft, in der es niemandem gestattet ist, den Stadtteil zu verlassen oder zu betreten.[3]

Hilfe durch die Zivilgesellschaft

Eines der in diesem muslimischen Stadtteil wirkenden Sozialprojekte ist das seit 1976 existierende unabhängige, interkonfessionelle Hope Project. Die Ziele des Projektes sind eine nachhaltige Hilfe zur Selbsthilfe, Selbstvertrauen in die eigenen Fähigkeiten und Investition in die Zukunft über Bildung und Fortbildung. So sollen sich die Bewohner*innen des Stadtteils und der angelegenen Slums eine menschenwürdige Lebensgrundlage schaffen können, die sie unabhängig von Transferleistungen macht.

Auch die Programme des Hope Projects mussten im Zuge der Ausgangssperre geschlossen und die Hilfsangebote eingestellt werden. Eine Suppenküche einzurichten, konnte nicht verwirklicht werden, da es unmöglich ist die große Zahl der Obdachlosen im Umkreis so zu organisieren, dass die Anforderung für soziale Distanzierung eingehalten werden können. Stattdessen organisierte das Projekt eine Verteilung von Lebensmitteln über ein Telefon Notruf

System, um die Übergabe in angemessener Weise zu koordinieren. Anfang April appellierte die Regierung an die Zivilgesellschaft bei der Identifizierung von Hotspots zu unterstützen und Freiwillige und Mitarbeitende zu entsenden, um Dienstleistungen für schutzbedürftige Menschen zu erbringen. Seither dokumentieren die Hope-Mitarbeitenden dem Staat gegenüber kontinuierlich ihre Aktionen, organisieren Informations-Kampagnen um bewussten Umgang und Wissen über COVID-19 in der Bevölkerung zu verbreiten. Lehrkräfte und Sozialarbeitende stehen mit ihren Schüler*innen in Kontakt, leisten emotionale Unterstützung und organisieren E-Learning-Aktivitäten über Smartphones.

Die Dauer der Ausgangssperre hat in vielen Familien zu einem starken Mangel an lebenswichtigen Nahrungsmitteln geführt. Es gibt viele Anrufe pro Tag und die Liste derer, die auf diese Unterstützung nicht verzichten können, wird trotz täglich staatlicher Unterstützung von zwei einfach gekochten Mahlzeiten immer länger. Im Projekt wird aktuell diskutiert, wie an die Kinder etwas Obst oder Milch verteilt werden könnte. Hier kommen Erinnerungen an die Mitte der 1970er Jahre auf, wo Mangelernährung in den naheliegenden Slums das Kernthema der ursprünglichen Projektarbeit war.

Es scheint, dass durch die Pandemie die Bewohner*innen der Basti, und das trifft sicher auf viele Gebiete in Indien zu, gerade einen 30-jährigen Rückschritt erfahren. Hoffnungslosigkeit breitet sich aus, da das, was mühsam über lange Jahre aufgebaut wurde, nun in kürzester Zeit zerstört wird. Die Bewohner*innen der Basti sind meist immigriert aus den ländlichen sehr armen Gebieten Indiens und besitzen keine offiziellen Papiere. Damit sind sie nicht berechtigt, staatliche Unterstützung zu erhalten. Sie leben auf kleinstem Raum zusammengepfercht, ohne gesicherte Arbeit und ohne erreichbare/bezahlbare medizinische Versorgung. Diese Menschen, die in Indien die Mehrheit ausmachen, werden unsere ganze Aufmerksamkeit, unser Mitgefühl sowie unsere verbindliche langfristige Unterstützung benötigen. So können wir ihre Chance erhöhen nach der Krise ihr Leben wieder aufbauen zu können. Ein erster Schritt dahin ist unser Engagement und die Hoffnung, dass Aufstehen möglich ist.

Mehr Information über das Hope Project: <http://www.hope-project.de/>

[1] Roy, A. (2020): Durch das Tor des Schreckens. Die Zeit. 9. April. Online abrufbar: <https://www.zeit.de/politik/ausland/2020-04/coronavirus-pandemie-krisenpolitik-indien-armut> (zuletzt abgerufen 28.04.2020)

[2] The Guardian (2020): Coronavirus conspiracy theories targeting Muslims spread in India. 13. April. Online abrufbar: <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/13/coronavirus-conspiracy-theories-targeting-muslims-spread-in-india> (zuletzt abgerufen am 01.05.2020).

[3] The Indian Express (2020): Covid-19 lockdown: Centre identifies red, orange, green zones for week after May 3. 1 Mai. Online abrufbar: <https://indianexpress.com/article/india/covid-19-lockdown-centre-identifies-red-green-orange-zones-for-week-after-may-3-check-full-list-here-6388654/> (zuletzt abgerufen 01.05.2020).

Alexander Kauschanski:
Welche Zukunftskompetenzen braucht die Zivilgesellschaft nach der Covid-Pandemie?

Zukunftskompetenzen können der Zivilgesellschaft nicht nur verhelfen, die Welle an Veränderungen zu überdauern. Bürgerschaftliche Initiativen können auch an der Transformation unserer Gesellschaftssysteme mitwirken. Was zivilgesellschaftliche Organisationen aus der Spanischen Grippe und den Folgen der Covid-Pandemie lernen sollten.

Die Covid-19 Pandemie ist nicht die erste und auch nicht die letzte Krise, welche die Menschheit nachhaltig verändert hat. 1918 kostete die Spanische Grippe bis zu 50 Millionen Menschen das Leben. Die globale Gesundheitsstruktur war damals noch kaum entwickelt. Nur wenige Länder hatten ein Gesundheitsministerium. Die Existenz von Viren wurde erst Ende des 19. Jahrhunderts festgestellt. Verschwörungsmymen, Grenzschießungen, Xenophobie, extremer Alarmismus und Ignoranz waren damals wie heute Konstanten der Gesundheitskrise.

Hat die Welt mehr als 100 Jahre später etwas dazugelernt? Die erste Bilanz der Covid-19-Krise scheint zu sein, dass sie die Weltgesellschaft und Staatengemeinschaft trotz vieler Warnsignale unvorbereitet traf. Nichtsdestotrotz haben sich die Institutionen und Expertise der Menschheit seit der Spanischen Grippe weiterentwickelt. Die Weltgesundheitsorganisation wurde gegründet. Öffentliche Gesundheitssysteme wurden ausgebaut. Virus- und Seuchenforschung entwickelten sich zu eigenen Forschungsfeldern.

Ein wiederkehrendes Phänomen des gesellschaftlichen Umgangs mit Krisen ist der Zyklus zwischen Panik und Gefälligkeit. Nachdem eine Krise vorbeigezogen ist, setzt sich ein gesellschaftlicher Zustand des Vergessens ein. Der Zustand scheint Paradox. Einerseits transformieren Krisen unser Zusammenleben und verrücken gesellschaftliche Regeln und Ordnungen, andererseits streben Menschen danach, eine Normalität wiederherzustellen, die so nicht mehr existiert.

Eine globale Krise – sei es eine Pandemie, eine Wirtschaftsrezession oder eine Klimakatastrophe ist ein Katalysator. Sie kann soziale, wirtschaftliche und politische Dynamiken beschleunigen oder für Brüche sorgen. Im Falle der Corona-Pandemie erleben wir zum einen eine Verstärkung von Solidarität und Eigeninitiative. Gleichzeitig geschieht ein Digitalisierungsschub durch die Kontaktbeschränkungen und die Verschiebung physischer Lehr-, Arbeits- und Freizeiträume in den Cyberspace.

Auf der anderen Seite bildet sich eine Reihe an Herausforderungen heraus. Die wahrgenommene Menge an gezielter und unwissentlich verbreiteter Falschinformationen nimmt zu. Negative Vorurteile gegenüber Fremden als Bedrohung führen zu einem Zuwachs rassistischer Übergriffe. Soziale Ungleichheiten verstärken sich sowohl innerhalb von Gesellschaften als auch zwischen verschiedenen Ländern. Wohlstand schützt vor der Pandemie, bietet Menschen Möglichkeiten zum Schutz und zum distanzierten Arbeiten. Schlechte sozioökonomische Bedingungen machten Menschen gegenüber der Seuche vulnerabler und setzen sie wirtschaftlichen Rezessionseffekten aus.

Kann die Zivilgesellschaft unter solchen Bedingungen überhaupt überleben? Sie muss! Denn Covid-19 bedroht nicht nur Menschenleben, sondern auch das Weiterexistieren von gesellschaftlichen Institutionen, Organisationen und Bewegungen.

Auch die Zivilgesellschaft ist den Effekten der globalen Krise ausgesetzt. Konventionelle Formen lokaler Organisation kennzeichnen sich durch regelmäßige Offline-Treffen in physischen Räumlichkeiten, Finanzierungsformen durch Spenden oder Fördermittel und informellen Austausch in einer vertrauten Umgebung. Mit den politischen Covid-Maßnahmen sind viele dieser Organisationsformen fort und müssen auf digitale Plattformen verlagert werden. Durch das Wegfallen der Treffen fällt das Anwerben neuer MitstreiterInnen schwer. Die Wirtschaftskrise erschwert die Finanzierung. Dazu kommt, dass Regierungen ihre Prioritäten auf den Krisenmodus verlagern und zivilgesellschaftliche Belange und soziale Probleme damit übersehen. Podiumsdiskussionen, Austauschforen, Protestaktionen und andere konventionelle Formen zivilgesellschaftlicher Veranstaltungen können nicht, oder nur unter erschwerten Bedingungen stattfinden.

Damit sich die Zivilgesellschaft in Zeiten der Krise entwickelt und überlebt, muss sie Zukunftskompetenzen entwickeln. Im letzten Jahrzehnt und in den vergangenen Jahrhunderten wurde unsere Weltgesellschaft von häufigeren und schnelleren gesellschaftlichen Umbrüchen geprägt als in den vergangenen Millionen von Jahren der Menschheitsgeschichte. Die Dynamik der Umbrüche verschnellert sich mit dem menschengemachten Klimawandel, zunehmenden sozialen Ungleichheiten, einem historisch hohen globalen Bildungsgrad und Innovations- und Digitalisierungsschüben.

Viele Szenarien wie dem Aufstieg künstlicher Intelligenz, Wegfallen von Arbeitsplätzen durch maschinelles Arbeiten und die Manifestierung neuer Machthierarchien wurden schon von Wissenschaftlern und Zukunftsforschern vorgezeichnet. Selten hat sich die Politik, aber auch die Zivilgesellschaft gegenüber den Herausforderungen positioniert. Auch nicht vorhergesehene Szenarien werden die Menschheit in der Zukunft begleiten. Darauf muss sich unsere Weltgesellschaft einstellen.

Daher ist das Herausarbeiten von Zukunftskompetenzen absolut notwendig. Zukunftskompetenzen können ihr verhelfen, nicht nur die Welle an Veränderungen zu überdauern, sondern an der Transformation unserer Gesellschaftssysteme mitzuwirken. Dazu muss die Zivilgesellschaft sich dynamisch an Veränderungen anpassen und gleichzeitig weiterhin ihre Hauptfunktionen erfüllen: Menschen mit gemeinsamen Interessen zusammenzubringen, diese Interessen weiter herauszuarbeiten und durch das Einsetzen bestimmter Werkzeuge, Taktiken und Strategien zu verwirklichen.

Folgende Faktoren bestimmen heute, wie erfolgreich zivilgesellschaftliche Bewegungen ihre Belange durchsetzen können. „Fridays for Future“ und „Black Lives Matter“ sind eindrucksvolle Beispiele für diese Form der neuen globalen Bewegungen:

1. **Offene Organisationsformen:** Neue zivilgesellschaftliche Bewegungen setzen niedrigschwellig an, richten sich offen nach außen, sind jedoch strategisch in ihrer Organisationsmitte
2. **Nutzen unterschiedlicher und neuer Medien:** Das Bespielen unterschiedlicher Kanäle ist wichtig, um unterschiedliche Zielgruppen zu

3. **Bereitstellung informeller Austauschräume:** Gerade bei über Distanz arbeitende Bewegungen, die physisch nicht zusammenkommen, ist der informelle Austausch zur Bindung von Mitgliedern, Diskussion verschiedener Themen und weiterer Ausarbeitung der Ziele und Interessen von
4. **Erhöhte Reaktionsgeschwindigkeit:** Gerade bei Krisen werden im Schnellgang politische Entscheidungen getroffen. Daher bedarf es auch einer beschleunigten Reaktion durch zivilgesellschaftliche Gruppen zur Durchsetzung ihrer
5. **Nutzen von Expertise:** Bewegungen können nur durch eine fundierte Informationsbasis überzeugend ihre Positionen vertreten. Dafür muss die Zivilgesellschaft auf akademische Expertise, aber auch auf Menschen mit bestimmten Erfahrungswerten setzen, welche die Ziele der Initiative bekräftigen können.
6. **Entwicklung kraftvoller Narrative:** Botschaften können nur so effektiv sein, wie die Geschichten die sie vermitteln. Menschen brauchen Narrative, um Positionen verstehen, verarbeiten und durchsetzen zu wollen.
7. **Dynamischer Anpassungswille:** Weil wir in einem Umbruch sozialer, wirtschaftlicher und politischer Realitäten stehen, müssen zivilgesellschaftliche Organisationen willens sein, zukünftige Trends und Krisen zu beobachten, zu antizipieren und sich schon jetzt in ihrer Organisationsstruktur und ihren Strategien darauf einzustellen, um später möglichst effektiv zu arbeiten.

Diese Punkte sind nur Anhaltspunkte für neue Arbeitsweisen unter der aktuellen Krise. Nach neuen Umbrüchen können sich die Wegweiser zivilgesellschaftlichen Arbeitens wieder in neue Richtungen drehen.

Nach der Spanischen Grippe entstanden Institutionen, neue Forschungszweige und Politikfelder, um das Medizinsystem zu verbessern. Auch die Covid-19 Pandemie führt der Menschheit vor Augen, dass neue Wege erforderlich sind, um der nächsten Krise resilient entgegenzutreten. Gerade weil wir noch nicht wissen, wie die nächste Krise aussehen wird, müssen wir Zukunftskompetenzen entwickeln, uns schon jetzt auf neue Entwicklungen einstellen und den Willen zeigen, sich an eine Welt anzupassen, die ständig und immer schneller im Wandel sein wird.

Chris Lange: Häusliche Gewalt und Corona-Krise

In allen Ländern der Welt hat aufgrund der COVID-19-Pandemie häusliche Gewalt zugenommen. Welche Folgen dies haben wird, wird erst im Nachhinein deutlich. Diese Auswirkungen sollten untersucht und konkrete Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Dafür ist das Wissen und die Expertise von Ehrenamtlichen ausschlaggebend.

Am 27.03.2020 schrieb Rupert Graf Strachwitz an dieser Stelle: „An der Auseinandersetzung mit den Folgen der gegenwärtigen Krise und den Lehren, die daraus gezogen werden müssen,

sind zwingend Akteure der Zivilgesellschaft und Experten für den bürgerschaftlichen Handlungsraum zu beteiligen.“

Zu diesen Folgen gehören zahlreiche soziale und gesellschaftliche Probleme, die aufgrund der Corona-Krise zunehmen und/oder stärker ins Rampenlicht des öffentlichen Interesses rücken. Eines davon ist häusliche Gewalt. So haben Presseanfragen zu diesem Thema bei den entsprechenden zivilgesellschaftlichen Organisationen deutlich zugenommen. Und wie brisant das Thema ist, lässt sich auch an einer ungewöhnlichen Aktion des Familienministeriums ablesen: Bei der Aktion „Zuhause nicht sicher?“ wurden in 26.000 Supermärkten auf Plakaten im Kassenbereich, an Ein- und Ausgängen sowie teilweise auf der Rückseite der Kassensbons Informationen über Hilfsangebote bei häuslicher Gewalt geboten. Die am Ende aufgeführten Partnerorganisationen waren ausnahmslos zivilgesellschaftliche Organisationen.

In allen Ländern der Welt hat aufgrund der COVID-19-Pandemie häusliche Gewalt zugenommen, zum Teil massiv. In der Provinz Wuhan ist es nach Medienangaben zur Verdreifachung von Anrufen dazu bei der Polizei gekommen. Konkrete Zahlen gibt es noch nicht, aber die Befürchtungen sind groß, auch der Europarat schlägt Alarm.[1] Die Organisation ‚UN Women‘ nennt es gar eine Schattenpandemie.[2] Zunächst hatten Hilfetelefone einen deutlichen Rückgang der Anrufe verzeichnet. Aber das ist darauf zurückzuführen, dass sich die Betroffenen gar nicht melden konnten – aus denselben Gründen, die Gewalt in den eigenen vier Wänden oft mitbedingt: beengte Wohnverhältnisse, die keine Möglichkeit zum unbemerkten Telefonieren zulassen. Zunehmende Geldprobleme verschärfen, bereits vorhandenen Konflikte, die nun unter Druck aufbrechen. Einen sicheren Ort, wie ein Frauenhaus aufzusuchen, oder sich anderweitig Hilfe zu holen ist dann wesentlich erschwert.

Auch die Anzahl der Anrufe bei der Hotline von BIG e.V. (Berliner Initiative gegen Gewalt an Frauen e.V.) ging zu Beginn der Corona-Maßnahmen deutlich zurück, stieg dann jedoch in den 14 Tagen nach den ersten Lockerungen im April im Vergleich zum selben Zeitraum des letzten Jahres um 30% an. Für Berlin ist zudem festzustellen, dass viele der Fälle, die nun bekannt werden, auffallend schwer sind. In Brandenburg geschahen während des Lockdowns drei Beziehungsmorde an Frauen innerhalb einer Woche; das Sozialministerium vermeldet eine Zunahme von Anzeigen wegen häuslicher Gewalt bei der Polizei um 22,5 % [3].

Wie bei den meisten sozialen Problemen nahmen zivilgesellschaftliche Organisationen auch im Bereich ‚Gewalt gegen Frauen und Kinder‘ und ‚häusliche Gewalt‘ eine Pionierrolle ein. In Deutschland entstanden die ersten Schutzhäuser für misshandelte Frauen und ihre Kinder aus der ‚Bewegung zur Befreiung der Frau‘. Im Oktober 1976 gründeten Feministinnen das erste autonome Frauenhaus in West-Berlin; im November eröffnete eines in Köln. In der folgenden Zeit bildeten sich in vielen westdeutschen Städten Fraueninitiativen mit dem Ziel, Frauenhäuser aufzubauen. Seither sind Frauenberatungsstellen, -zentren, -häuser und -zufluchtwohnungen aus der sozialen Landschaft nicht mehr wegzudenken.

Eine umfassende Studie zu Frauenhäusern in Deutschland stammt aus dem Jahr 2011/12. Auf sie beruft sich auch der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags in seinem Sachstandsbericht „Frauenhäuser in Deutschland“ von 2019.[4] Der Bericht beginnt mit den folgenden Sätzen (S.4): „Bundesweit sind Frauenhäuser überlastet. Jährlich suchen in Deutschland etwa 16.000 Frauen mit fast ebenso vielen Kindern Zuflucht in einem Frauenhaus. Oft wird ihnen der Zugang zu Schutz und Hilfe aufgrund von Platzmangel, ungeklärter

Finanzierungsfragen oder bürokratischer Hürden erschwert oder sogar verwehrt. Nach aktuellen Schätzungen fehlen mehr als 14.600 Schutzplätze für Frauen, insbesondere in Ballungsgebieten.“

Träger der gut 350 Frauenhäuser in Deutschland sind sowohl eigens gegründete Vereine, die sich überwiegend dem Dachverband ‚der Paritätische Gesamtverband‘ angeschlossen haben, sowie andere Wohlfahrtsverbände und kirchliche Träger, nur sehr selten staatliche Stellen. Inzwischen existieren Hilfsangebote auch für Täter sowie für Männer, die Opfer von Beziehungsgewalt wurden, und es wird Präventionsarbeit, z.B. in Form von Workshops in Grundschulen geleistet.

2017 trat die Bundesrepublik Deutschland dem „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt“ (kurz: Istanbul-Konvention) bei, in der sie sich verpflichtet, ein für alle von Gewalt betroffenen Frauen zugängliches Schutzsystem zu schaffen, wobei die Task Force des Europarates bereits 2008 einen Familienplatz, d.h. für eine Frau und ihre Kinder, pro 7.500 Einwohner*innen empfiehlt. Nach Ansicht der Bundesregierung erfüllt Deutschland die Konvention, aber laut o.g. Studie (S. 10) ist dies schon alleine bei der Anzahl der Frauenhausplätze nicht der Fall, denn bundesweit existiert nur ein entsprechender Schutzplatz auf 12.000 Einwohner*innen.

So der Stand vor der Corona-Krise. Wie stark und mit welchen Folgen häusliche Gewalt in den Wochen seit Beginn der strengen Kontaktregelungen zugenommen hat, wird erst im Nachhinein deutlich werden. Auch, was die Krise für die Einrichtungen des Frauenhilfesystems, für die Klientinnen sowie die Mitarbeiter*innen der in diesem Bereich tätigen zivilgesellschaftlichen Organisationen bedeutete und langfristig heißt, wird sich erst noch zeigen. Aber einige Punkte können benannt werden (Stand 11. Mai 2020):

- Das Zusammenleben vieler Frauen im Frauenhaus mit ihren oft zahlreichen Problemen war nie einfach und wurde nun durch das erzwungene im-Haus-bleiben-müssen noch weiter erschwert. Das Abstandsgebot ist trotz reduzierter Belegung nicht einzuhalten, Gänge zu Ämtern wurden noch schwieriger als zuvor, Kinder gingen nicht zur Schule, Wohnungssuche ist praktisch unmöglich – der Stresspegel bei allen steigt.
- Mobile (aufsuchende) Angebote mussten eingestellt bzw. auf telefonische Beratung umgestellt werden, wodurch sich die Intensität und damit auch die Wirksamkeit reduziert. Präventionsarbeit konnte nicht fortgeführt werden. Hotlines und online-Beratung kann im Homeoffice geleistet werden, aber was das konkret für die Mitarbeiter*innen und die Ratsuchenden bedeutet, gilt es zu beleuchten.
- Auch täterorientierte Angebote wurden auf telefonische Beratung, ggf. mit Video über das Internet, reduziert. Ein ‚Survival-Kit für Männer unter Druck‘ soll dazu beitragen, dass Männer Stressmomente während der Krise besser bewältigen.

In Berlin z.B. wurden seit langem geforderte Frauenhausplätze kurzfristig erweitert (zwei so genannte Stadthotels, eines davon für Infizierte), wobei die Vermittlung und Betreuung vor Ort eine besondere Herausforderung darstellte. In anderen Städten gab es Überlegungen, z.B. Ferienwohnungen als Notunterkünfte anzumieten. Aber auch hier ist die Frage, wie die notwendige Beratungs- und Begleitungsarbeit geleistet werden kann.

Im Eingangszitat verlangt Rupert Graf Strachwitz zu Recht die Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen bei der Auseinandersetzung mit den Folgen sowie bei den Lehren, die aus der Corona-Krise zu ziehen sind. Darunter fallen auch die Auswirkungen im Hinblick auf gefährdete Familien und Partnerschaften, auf das gesamte Hilfesystem im Anti-Gewalt-Bereich, auf das Leben in Frauenhäusern und anderen Hilfeinrichtungen. Diese Auswirkungen sollten untersucht und konkrete Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden. Zu Letzterem gehört z.B. der bedarfsgerechte Ausbau von Schutzplätzen mit entsprechender Personalausstattung, die Beseitigung finanzieller Hürden für die Aufnahme von Frauen in Frauenhäuser und die vereinfachte, auf Bundesebene gesetzlich abgesicherte Finanzierung. Über die Bearbeitung der bestehenden Missstände hinaus muss darüber nachgedacht und dann auch umgesetzt werden, wie Präventions- und Täterarbeit flächendeckend ausgebaut und wie Aufklärung und Öffentlichkeitsarbeit über Hilfsmöglichkeiten verstärkt werden können. Das alles mit dem Ziel, häusliche Gewalt zu vermeiden oder zumindest stark zu verringern.

Über die letzten gut vier Jahrzehnte haben sich viele Frauen und auch, allerdings eher wenige, Männer in diesem Bereich engagiert – als bezahlte Mitarbeiter*innen oder als Ehrenamtliche. Sie haben ein reiches Wissen und viel Expertise angesammelt. Das gilt es zu nutzen.

[1] Kumm, Wolfgang: Anstieg häuslicher Gewalt in Zeiten der Krise. Epoch Times. Abrufbar unter: <https://www.epochtimes.de/politik/europa/warnung-vor-anstieg-haesuslicher-gewalt-in-zeiten-der-krise-a3198395.html> (28. März 2020)

[2] Hecht, Patricia: Expertin zu Frauen in der Coronakrise. „An die Bruchstellen ran – jetzt“, TAZ. Abrufbar unter: <https://taz.de/Expertin-zu-Frauen-in-der-Coronakrise/!5681243/> (01. Mai 2020)

[3] Märkische Allgemeine Zeitung: Polizeidaten zeigen: Mehr häusliche Gewalt im Lockdown. Abrufbar unter: <https://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Polizeidaten-zeigen-Mehr-haesusliche-Gewalt-im-Lockdown>

[4] Deutscher Bundestag: Frauenhäuser in Deutschland. Wissenschaftliche Dienste, WD 9 – 3000 – 030/19. Abrufbar unter: <https://www.bundestag.de/resource/blob/648894/7fe59f890d4a9e8ba3667fb202a15477/WD-9-030-19-pdf-data.pdf> (27. Mai 2019)

Goda Milasiute:
Covid-19 in the humanitarian settings: a multiple challenge

It is now time to take a humble stance and address the power gap between international organizations and local civil society organizations in the Global South.

Covid-19 is spreading over the globe, from Venezuela to South Sudan, from Syria to Bangladesh, in countries where healthcare infrastructure is almost non-existent, and the access to hygiene and sanitation is very limited. The virus is not only a threat in itself: where poverty is prevailing, lockdown measures can be deadly, too. While even rich countries in the Global North are struggling to deal with Covid-19, its consequences in crisis settings – both short- and long-term – could be devastating. At the same time, humanitarian organizations, including civil

society organizations in Germany, face unprecedented challenges in providing aid in the times of Covid-19.

Multiple problems and lacking resources

How can Covid-19 be dealt with in resource-poor settings, where healthcare systems were weak even before the current pandemic? To illustrate the seriousness of the situation, in his recent interview with the World Economic Forum, David Miliband, CEO of the humanitarian NGO International Rescue Committee (IRC) was straightforward: “I really want to call out to people what it means to lack a health infrastructure. One ventilator in Sierra Leone; six, I believe, in Burkina Faso; 13 in the Democratic Republic of Congo.”

Although, for instance, some African countries are much more experienced in managing infectious diseases than the rest of the world, many contexts in the Global South are dealing with long-lasting, structural, and manifold healthcare problems that make them extremely vulnerable to Covid-19. To make things worse, the key challenge for the Global South is the multiplicity of crises that many countries are facing, with Covid-19 pandemic being one of them. As Andrea Böhm argues in her article in Zeit Online, many African countries are managing at least three crises at the same time. These include recurring droughts and locust plague, hunger, poverty, and conflict, as well as other epidemics, such as malaria, tuberculosis, or HIV/AIDS.

What does it mean in the context of Covid-19? That in some regions dealing with this virus means having to neglect other basic needs, such as measles vaccinations or access to education. That there are contexts – especially slums or refugee camps – where the policies associated with stopping Covid-19 from spreading, like social distancing, are much more difficult to implement. And that in some places, such as Eastern Ukraine, West Africa, or Colombia, lockdowns are forcing millions of people into poverty and hunger, as those working in the informal sector lose their income and livelihoods. Given that more than 60 percent of the world’s employed population is estimated to work informally, the situation is very worrying. In some contexts, the proportion is even higher: for instance, 80 percent of the Venezuelan refugees in Bogotá are in the informal economy. The Covid-19 crisis is going to exacerbate the already existing inequalities based on gender, ethnicity and race, or socioeconomic status. The virus, being one of the many challenges, is a catalyst for serious additional problems.

Humanitarian multitasking

To this multiplicity of problems, another one could be added: accessing aid. Humanitarian NGOs and UN agencies face local and global restrictions on movement, which translate into a reduced availability of national and international staff to provide aid where it is especially needed – for instance, in Bangladesh, in Iraq, or in the DRC. Because of these restrictions, some NGOs are even forced to suspend their activities altogether.

The multiplicity of crises means that, in the context of Covid-19, humanitarian organizations have to engage into “moral multitasking”, as Hugo Slim named it. This means that organizations need to simultaneously consider a variety of issues, including meeting the immediate healthcare needs and the long-term socio-economic needs. They need to prioritize some countries, districts, cities, and even people at the expense of others. They need to align their short-term and long-term strategies regarding upholding humanitarian principles and getting access. They need to secure and maintain trust even and especially if they are no longer operational

on the ground. While some communities perceive Covid-19 as “the illness of the white and rich” brought by the foreigners, international NGOs also face the challenge of countering these anti-foreigner and anti-aid worker sentiments in order to be able to keep working. Dealing with misinformation regarding the virus and the NGO work itself is yet another issue that needs to be addressed.

On top of these difficulties, NGOs are losing a significant part of their funding due to the forced closures of charity shops, event cancellations, and no face-to-face fundraising. Private donations could decrease as Global Northerners might be willing to donate more for domestic purposes. Crises “at home” also lead to changes in donor behaviour. For instance, the largest international donor for health, the United States, is banning NGOs from using its funds to buy key items of personal protective equipment (PPE) or ventilators, including the more likely purchases outside of the US.

On 19th of April, 2020, the heads of all the United Nations’ most important agencies issued an urgent coronavirus appeal of \$2bn to fund the global emergency supply system to fight Covid-19. However, the UN system is often lacking the speed and flexibility that Covid-19 response requires, as argued by Christina Bennett, CEO of Start Network, an international network of humanitarian NGOs. According to Bennett, NGOs, particularly the local ones, need immediate funding, since they have frontline access, expertise, and the agility to act as opposed to the often-slow international aid machinery.

Covid-19 as a litmus test

The current context makes it even clearer that some things in the humanitarian system – starting with funding and recognition of local NGOs – need to change. The Covid-19 crisis has shown how fragile the operational capacities on the ground by the international actors can be. The current situation is therefore the right time to rethink power relations in the humanitarian world. These include rejecting colonial, missionary, and unethical humanitarian lenses and building trust, as Covid-19 has debunked the essentialist myths of only the Global South being the place where a devastating crisis can start, and Europe not being a place where humanitarian aid is required.

While recognising and dealing with the multiple vulnerabilities and exacerbated inequalities that some countries are exposed to, maybe at least one inequality can be reduced – the one concerning power relations. Adopting a humble stance and addressing power disbalances between international organizations and local civil society organizations would be a good place to a start. While organizations from the Global North are struggling to efficiently provide aid, it can no longer simply be said that localization agenda is too difficult or too risky to implement. If after all Covid-19 could lead to a less hierarchical and more localized humanitarian system, it would have at least one positive outcome in the long run.

Nathalie Prange:
COVID-19 and the ‘business of bordering’: The rise of citizen detectives and state implemented borderwork-practices

The corona virus outbreak induced a wave of fear in citizens world-wide, causing them to increasingly want to protect what's theirs. This gave way to a movement of so-called ‘citizen-detectives’ who decided to take the state administered borderwork-practices to the next level.

Border work, here also referred to as the ‘business of bordering’, can be understood as different acts or activities carried out by citizens in an attempt to help establish and uphold the borders of its state (see “Citizens and borderwork in Contemporary Europe”, Rumford). The term ‘border work’ has long moved away from referencing to the physically guarding of external borders and has moved in the direction of the guarding of a more conceptual image of borders, which is generalised throughout society. In today’s world borders are everywhere, i.e. at airports, ports, or train stations, and with this realization came a change in how individual citizens protect ‘their borders’. Citizens are constantly busy with the manifestation of borders around them: ranging from creating barriers for others, with for instance the so-called ‘no cold calling zones’ by groups of UK citizens, all the way to the undermining and removal of borders altogether.

A change in, or the motivation to engage in, border work is often initiated by fear. Most ordinary citizens value nothing more than a sense of security in their everyday life and once their sense of security is threatened, an extreme “everyone for themselves” reaction might be triggered. The concurrent pandemic has instilled such a sense of fear in a lot of people, with the accompanying reactions. As the world leaped head-first into somewhat of a state of chaos, each state reacted differently in its attempt to protect their own citizens. Newly planned measures directed at fighting the spread of COVID-19 were introduced, but interestingly enough citizens more often decided to help themselves in order to protect what is theirs: either enacting their own set of rules or going to far extents in enforcing the governmentally imposed guidelines. What has been intended to be a courageous act of citizenship could turn into a movement of vigilantism, with random citizens promoting themselves to ‘detectives’ (i.e. citizen detectives; see below).

With the involvement of civil society in the fight against corona, a new phenomenon can be observed: the rise of ‘social border control’. While ordinary citizens have been encouraged to stay indoors and avoid any unnecessary contact with others, many citizens started extending and actively taking part in warning others about being outside, keeping the proper distance, and sticking to the government imposed curfews. Consequently, people have even increasingly moved to report on others, as records have shown. Vaughan-Williams (2008) once coined a name for citizens adopting such behaviour; “citizen-detectives”. A fitting quote by Walter Benjamin (1939) reads: “In times of terror, when everyone is something of a conspirator, everybody will be in the position of having to play detective.”

Now, referring to the COVID-19 pandemic as a ‘time of terror’ might be exaggerated in the eyes of some, but when taking a good look at what has occurred in Italy, Spain, the United States, Brazil, etc., it appears to be spot on. Even though most of these measures are aimed at achieving a sense of security on a large scale, ideally the eradication of corona, they have

often triggered a more hostile situation, fuelling mutual suspicion and dissent among citizens. Furthermore, there is the problem of deciding who belongs to the group of 'good' citizens that are on the watch for 'bad' citizens; currently experienced as, for instance, who is wearing a protective mask and who 'looks' like they take care of themselves vs. those who don't. This commonly supports prejudicial perception, taking the U.S. as one of many examples of a country where COVID-19 is increasingly linked to racial profiling. The problems that arise through this are, unfortunately, apparent all around.

Where certain states are encouraging this 'citizen-detective' behaviour, it is quite uncommon in others. The encouragement of such citizen detective behaviour in authoritarian states such as Singapore, China, or Russia gives room to critics who question their real intentions hidden under this protective, anti-corona, element. Many believe that governments in such states attempt to tighten their grip on society by stimulating this state of fear and mistrust among their citizens. European states, for instance the Netherlands also seem to, at least currently, encourage this behaviour. Dutch citizens are rarely encouraged to actively report on each other, as the incentive to do so is close to very low (excluding crime-related incidences). With the outbreak of the pandemic the incentive on calling out fellow citizens was suddenly more of a given. Not only are citizens eager to protect themselves, but they are also motivated by the government to embrace the imposed corona measures and secure their borders. Currently, the Netherlands installed corona-related hotlines over which citizens are encouraged to report inappropriate behaviour.

There is no doubt that this pandemic has significantly influenced the way individual citizens attempt to support state implemented border work practices. The behaviour increasingly displayed by citizens across the world is that of a protective nature; attempting to protect themselves, their families, and their surroundings. Depending on which country one is currently in, this newly found, let's call it 'passion' of, surveillance of neighbours or fellow citizens, is meant in good faith. Nonetheless, it will be challenging for some to shed these newly learned behaviours and rules. Psychologically speaking, it can take up to a year to break new learned habits, and only if one actively tries to. The question remains if these changes in borderwork induced by the pandemic will be for the short or long term, and what role there is for organized civil society in facing the challenge of reinstalling mutual trust, a liberal outlook on fellow citizens' behaviour, and a cohesive, bridging society.

Nathalie Prange:

2020: The year of crisis or crises?

2020 has been a turbulent year so far. Multiple crises are co-existing and influence the way this year will be remembered: the climate crisis, the corona crisis and the racial injustice crisis. The link between these three crisis-phenomena are rarely explored, yet they are evident.

In and throughout 2019 terms such as 'climate crisis' and 'climate emergency' have at some point come to the forefront of the news, reporting on the inbound natural disasters, if we were to stay this course. Civil society activists such as Fridays for Future are largely behind the global rebranding of 'global warming' and 'climate change' into 'the climate crisis', attempting

to force action in global society and generate a more active stance. Different media endorsed this change in discourse. For example, the Guardian started favouring the terms climate emergency, crisis or breakdown. This change in discourse appeared to have positively influenced global citizens and a literal trend of being environmentally conscious emerged, at least until we faced a new crisis: COVID-19 – only to be followed by another one: resurfacing protests against racial injustice.

With the sudden and all engulfing emergencies brought on by corona, all fear about the global climate crisis seems to have been postponed, as citizens were preoccupied with a more immediately life-threatening situation. At first, some environmentalists treated the corona crisis as a ‘blessing in disguise’ by seeing the effects of the worldwide closing of factories, travel bans, working from home, etc., on global emission reductions. Corona was briefly perceived as an opportunity to change our habits and work towards long-term climate protection: the keyword being briefly. A couple of weeks into the re-opening, many countries are again displaying rising emission levels. Take China, for example: their emission levels have long surged past the pre-corona measures.

To the current day, the corona crisis and the climate crisis are largely handled as two separate processes that just accidentally co-exist. We tend to ignore historic evidence finding that the outbreak of a pandemic is often an immediate consequence of the destruction of nature. Even though the concurrent corona pandemic has, not directly, been linked to the climate crisis, it can be traced back to the human tendency of invading natural habitats. E.g., SARS-CoV-2, a zoonotic virus is believed to have originated from the consumption of bats. As stated by the American Nature and Science writer David Quammen: “We cut the trees; we kill the animals or cage them and send them to markets. We disrupt ecosystems, and we shake viruses loose from their natural hosts. When that happens, they need a new host. Often, we are it.”

When analysing the historic occurrences of pandemics, a trend can be perceived. Pandemics tend to follow after a period of climatic fluctuations, i.e. after multiple extremely cold and wet summers. One of the first recorded examples of this would be the Dantean Anomaly, a pandemic that affected most of Europe between 1309 and 1321 (see Simone Carolina Bauch: Rapid Climate Change in late Medieval Europe with a Global Perspective). More recent cases would be the example of Rift Valley fever and Chikungunya fever: The spread of Rift Valley fever took place during the El Niño phase in the Southern Oscillation (2006) and Chikungunya fever’s initial outbreaks are traced back to a regional drought period in Kenya (2007). As mentioned, the increased destroying of nature, ecosystems, and killing and consumption of certain species has not just forced the current pandemic upon us, but has led to similar situations in the past: the spread of HIV is traced back to the hunting and consumption of chimpanzees, and the Ebola virus is believed to be animal-born with bats and non-human primates being the source. Due to the consistent rise in temperature and the steady increase in human population, it is to be expected that the effects of global warming will worsen continuously. This is also likely to cause more regular outbreaks of new pandemics, as the increase in temperature has a direct effect on, for example, infectious agents. (E.g., malarial parasites thrive in at higher temperatures.)

Besides being affected by the corona crisis and the climate crisis a third issue has become prominent in the last weeks: the movement supporting Black Lives Matter (BLM). The BLM movement highlights a crisis, which has been part of mankind for decades; inequality and racial

injustice. In April 2020, the first studies surfaced that claimed people of colour are more likely to suffer from corona. This had nothing to do with a biological difference between black and white, but with the fact that a disproportionate amount of people of colour work in jobs that expose them to the virus, e.g. the food sector, as caregivers and nurses. Add the fact that a disproportionate amount of them live from paycheck to paycheck, which does not allow them to work from home or take (quarantine related) sick leave. Especially in the US, the emergence of corona highlighted the continuous systematic racism people of colour have been facing every day. People of colour are not just more likely to suffer the negative consequences of corona; they are also more likely to face the consequences of the climate crisis, as they account for the more vulnerable part of the population. At this point, the climate crisis and the racial injustices show certain similarities, as people of colour draw the short stick in both cases.

What seems to have happened throughout 2020, is a *crisis revelatrice* as long predicted and analyzed by Anthony Oliver-Smith (1996). He describes the phenomenon of how newly occurring crisis situations will elevate the negative effect of already existing societal crises.

The underlying question of this text remains unanswered: Are the climate crisis, the corona crisis and the racial injustice crisis separate crises, or are they perhaps so intertwined that we should speak about one large crisis? From what has been said so far, the apparent connections between these three different crisis-phenomena have become evident. The simultaneous re-appearances of climate and health crises throughout history and the continuous systematic racial injustice, making people of colour more likely to suffer from both, are three issues our society today battles with – not to mention the legitimacy crisis in our political and social order. Even though one could argue for them to be interlinked, at least for now it appears to be more useful to treat them as separate crises. Due to their sensitive nature, labeling them as one might not do them enough justice. The responsibility to counteract the potentially devastating consequences currently faced lies largely in the hands of organized civil society, it being a collective responsibility to advocate for positive global social change.

Eckhard Priller:

Die Zivilgesellschaft reagiert, aber sie sollte mehr können

Das Verstummen der Zivilgesellschaft angesichts der Corona-Krise ist nicht akzeptabel. Entwertet sie sich und macht sie sich selbst überflüssig?

Zur Bekämpfung der Corona-Pandemie braucht es vielfältige Reaktionen, allein auf den Staat zu setzen reicht nicht aus. Der Zivilgesellschaft kommt in Krisenzeiten eine besondere Verantwortung zu, sie kann, nein sie muss Leistungen erbringen und Ergebnisse erreichen, die sonst fehlen. Die organisierte Zivilgesellschaft ist wie alle Bereiche und Menschen von der Krise betroffen, teilweise sogar stärker, da sie nicht immer unter den vom Staat in rekordverdächtiger Zeit aufgespannte Rettungsschirme passt. Gleichzeitig stellen die zahlreichen Organisationen und freiwillig Engagierten ein bedeutendes Potential dar, das einen gewichtigen Beitrag bei der Überwindung der Krise und deren Folge leisten kann. Doch man spürt angesichts der Corona-Krise zu wenig von der organisierten Zivilgesellschaft als Ganzes. Was man hört sind die Aktivitäten einzelner Organisationen, vor allem aber Hilferufe an den Staat zur Sicherung der Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Organisationen oder für die von ihnen vertretene

Interessengruppen Geld zur Verfügung zu stellen. Aber warum mobilisiert ein Zusammenschluss zumindest der großen Organisationen nicht mit einem Aufruf oder mit abgestimmten Aktionen? Warum spricht man den rund 31 Millionen Engagierten und den Menschen allgemein in dieser schwierigen Zeit nicht Anerkennung, Mut und Zuversicht zu? Braucht es nicht der Zeichen, dass das Leben weitergeht, das Engagement unvermindert gefragt ist?

Bisherige Reaktionen und Leistungen – die Potentiale und Ressourcen der Zivilgesellschaft sind unverzichtbar

Bislang haben einzelne Organisationen umfangreich auf die Corona-Pandemie reagiert. Sie erbringen dringliche erforderliche Leistungen und setzen Zeichen der Solidarität. Neben den Anstrengungen der organisierten Zivilgesellschaft sind die spontanen Aktionen der Nachbarschaftshilfe hervorzuheben. Betrachtet man die Aktivitäten und Leistungen zivilgesellschaftlicher Organisationen kristallisieren sich gegenwärtig bestimmte Muster heraus. Breiten Raum nehmen Informationen zum Corona-Virus in Richtung „Gutmensch-Tipps in Zeiten von Corona“ und die Einrichtung von Serviceseiten zur Corona-Hilfe auf den Webseiten ein. Neben den Informationsangeboten stechen die Stellungnahmen zu Bedrohungen von Infrastrukturen, zum Schutz von Fachkräften, Einrichtungen und Angeboten hervor. In der Regel münden sie in Forderungen an die Bundesregierung zur finanziellen Unterstützung. Einen hohen Stellenwert nehmen Spendenkampagnen und Aufrufe zu Nachbarschaftshilfe ein. Hervorzuheben sind besonders Umstrukturierungen in einzelnen Organisationen bei der Leistungserbringung. So verteilen Tafeln Lebensmittel und Essen nicht, sondern liefern es aus. Ein großer Teil der Organisationen befasst sich mit einer verstärkten Digitalisierung ihrer Tätigkeit, nutzt die neuen Medien für veränderte Kommunikation und setzt damit darauf, die Krisenfolgen zu begrenzen.

Defizite – was fehlt?

Der Staat beweist in der Corona-Krise eine nicht erwartete Handlungsfähigkeit. Es wird nach innen mit Beschränkungen und Förderprogrammen durchregiert. Die Zivilgesellschaft bis hin zu den Bürger*innen und ihren parlamentarischen Vertreter*innen sind weitestgehend zum Zuschauen degradiert. Die stark begrenzte Sprach- und Handlungslosigkeit der organisierten Zivilgesellschaft stellt für sie eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Wenn der Staat gefragt ist und er handelt in Deutschland in einem Maße, dass seine Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit breite Anerkennung und Zuspruch erfährt, stellt sich die Frage, wo die Zivilgesellschaft bleibt, deren Stellenwert wir vor der Krise doch als unverzichtbar für unsere Gesellschaft ansahen. Und was wird nach der Corona-Krise erfolgen – wenn der Staat gezeigt hat, dass er bestimmte Leistungen erfüllen kann, er in einem sehr umfangreichen Maße die finanziellen Grundlagen sichert? Wird dann die Zivilgesellschaft überhaupt noch im bisherigen Maßstab erforderlich sein? Im Gesundheits- und Pflegebereich fordert man bereits eine stärkere Re-kommunalisierung von der auch die Zivilgesellschaft betroffen sein kann. Es reicht wohl nicht, wenn gegenwärtige nur einzelne Organisationen reagieren und durchaus aktiv sind. Es geht um Grundsatzfragen, um Positionen der Zivilgesellschaft aktuell und in der Zukunft. Obrigkeitstättliches Denken ist auch in Krisenzeiten inakzeptabel. Zivilgesellschaft muss sich auch jetzt als ein eigenständiger Bereich erweisen und gerade durch eigene Wirkungsmechanismen etwas leisten, was Staat und Wirtschaft nicht können. Das Virus wird uns langfristig beeinflussen, auch in Angelegenheiten der Demokratie, der Partizipation, der Solidarität, des

gesellschaftlichen Zusammenlebens. Die Auswirkungen der Krise auf die Zivilgesellschaft gegenwärtig und künftig dürfen wir deshalb nicht außer Acht lassen. Was passieren kann, wenn wieder eine gewisse Normalität eintritt, müssen wir uns für die Zivilgesellschaft schon heute überlegen, denn es wird wohl nicht alles so bleiben, wie es einmal war.

Was ist (besser) zu tun?

Es stellt sich die Frage, wie die Zivilgesellschaft sich noch aktiver einbringen kann. Grundsätzlich ist es erforderlich, dass die Zivilgesellschaft in Deutschland die Partikularinteressen ihrer Organisationen überwindet und mit einheitlicher Stimme spricht. Das bedarf der besseren Zusammenarbeit und Kooperation. Der Anspruch eines Auftretens auf Augenhöhe mit dem Staat darf nicht ad acta gelegt werden, sondern kann gerade durch die eigene Funktions- und Leistungsfähigkeit untermauert werden. Die Zivilgesellschaft kann dabei den Vorzug ihrer Multifunktionalität bewusst nutzen. Sie hat nicht nur Funktionen bei der Erbringung von Dienstleistungen, bei der Wahrnehmung von Interessen, bei der Sicherung von sozialer Integration und gesellschaftlichen Zusammenhalt, sondern sie hat auch anwaltschaftliche Aufgaben bei der Verteidigung von Grundrechten. Dies darf gegenwärtig nicht verloren gehen.

Die Zivilgesellschaft muss ihre Krisenkommunikation deutlich verbessern. Sie hat für alle Menschen deutlich sichtbar zu bleiben – Zuversicht, Trost, Solidarität, Vertrauen sind neben der Erbringung von Leistungen in Krisenzeiten fundamentale Aufgaben. Wichtig ist es Zeichen zu setzen, die die Einheit der Zivilgesellschaft und ihre Leistungsbereitschaft demonstrieren. Dazu gehören gemeinsame Aufrufe ebenso wie die Bereitstellung von Mitteln – angefangen von Schutzbekleidung bis hin zu Beiträgen, für Sonderfonds und Unterstützungsprogramme.

Nicht zuletzt ist zu überlegen, wie die Zivilgesellschaft nach der Krise, für die Zukunft und für die Bewältigung weiterer Krisen (um)zugestalten ist. Allein auf Digitalisierung zu setzen ist dabei wohl keine Lösung.

Malte Schrader: Solidarität in Zeiten der Coronavirus-Pandemie

Die Unterstützung der Nachbarschaft ist wichtig. Sie darf jedoch nicht die Unterstützung von internationalen Hilfsorganisationen ersetzen.

Am 22. März 2020 hat die Bundesregierung scharfe Beschränkungen der Grundrechte veranlaßt. Durch diese beispiellosen Einschnitte in die höchsten Güter unserer Demokratie soll die Überlastung des Gesundheitssystems verhindert werden, und angesichts der Horrorszenarien aus Italien oder Spanien geschieht dies mit Zustimmung der meisten Bürgerinnen und Bürger. So sinnvoll und notwendig diese Maßnahmen auch sind; sie haben gravierende Folgen. Vor allem obdach- und wohnungslose Menschen sind davon betroffen. Ihre Möglichkeit, Menschen im öffentlichen Raum um finanzielle Mittel zu bitten, Pfandflaschen zu sammeln oder auf hilfsbereite Gesten zu hoffen, sind massiv eingeschränkt. Momentan lässt sich – gerade für diesen Teil der Gesellschaft – eine Welle an Solidarität in der Zivilgesellschaft beobachten. Viele Menschen spenden beispielsweise an sogenannten Gabenzäunen, um die Not von auf der Straße lebenden Menschen zu verringern. Sie hängen Lebensmittel-Tüten und Sachspenden mit Kleidung, Decken und Hygiene-Artikeln an Zäune oder Bäume, damit Bedürftige darauf

zurückgreifen können. Die Bundesregierung dagegen verspricht mit dem größten Hilfspaket in der Geschichte der Bundesrepublik, einen Schutzschild für Beschäftigte, Selbständige und Unternehmen aufzubauen und mit finanziellen Hilfsprogrammen und steuerlichen Hilfsmaßnahmen den Betroffenen zu helfen. Der Solidarität steht die nationale Abschottung gegenüber, die sich global beobachten lässt, vor allem schmerzhaft in der EU. Neben den Einschränkungen des öffentlichen Lebens entschied Bundesinnenminister Seehofer in Abstimmung mit den Nachbarstaaten, vorübergehend Grenzkontrollen einzuführen. Weitere EU-Staaten handelten ähnlich, sodass das Schengener Abkommen im Grunde ausgesetzt ist. In Ungarn lässt sich beobachten, wie Viktor Orbán unter dem Vorwand der Corona-Bekämpfung die Demokratie in eine Autokratie umwandelt. Nach der Selbstentmachtung des Parlaments darf er dank Notstandsermächtigung auf unbestimmte Zeit fortan per Dekret regieren, das Parlament aushebeln und Wahlen verschieben. Auch ein neues Gesetz, welches die Verbreitung von fake news mit einer Gefängnisstrafe von bis zu fünf Jahren bedroht und durch seine undefinierte schwammige Formulierung auch genutzt werden kann, um die Opposition mundtot zu machen, ist Ausdruck dieser nationalen Abschottung. Umso wichtiger ist Bundespräsident Walter Steinmeiers Appell: „Nein, das Virus hat keine Staatsangehörigkeit, und das Leid macht nicht vor Grenzen halt. Aber ebenso wenig sollten wir es tun!“ Dass kubanische Ärzte bei der Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie in Italien helfen, schwerkranke italienische und französische Kranke in deutschen Krankenhäusern behandelt werden oder Hilfsgüter aus Russland nach Italien geschickt werden, sind Zeichen dieser über den Grenzzaun reichenden Solidarität. Sichtbar wird, dass wir alle von dem Virus betroffen sind. Der Corona-Virus kennt keine staatlichen, geographischen oder ethnischen Grenzen und zeigt uns, wie wir im Sinne von Ulrich Becks „globaler Schicksalsgemeinschaft“ (1986), voneinander abhängig sind. Daraus resultiert eine wechselseitige verbindliche Verpflichtung zur Solidarität. Während Not hierarchisch wirkt, ist der Virus demokratisch.

Global handeln

Aber wir dürfen nicht die ärmeren Regionen in dieser Welt vergessen. Regionen, in denen keine hygienische Versorgung gewährleistet werden kann und auch der Zugang zu medizinischer Versorgung eingeschränkt ist, werden von den Folgen der Coronavirus-Pandemie besonders hart getroffen. In Elendsvierteln in Indien, Brasilien oder den überfüllten Geflüchteten-camps in Libyen lässt sich ein Mindestabstand von 1,5 Metern nur schwer realisieren. Auch in Moria, einem der überfüllten Geflüchtetenlager in Griechenland, angelegt für 3.000 Menschen, in dem aktuell knapp 25.000 Menschen leben, gilt: Wenn sich eine Bewohner*in mit dem Virus infiziert, werden es bald alle sein. Bereits jetzt wird berichtet, dass die Wasserversorgung im Camp nach und nach eingestellt wird, Krätze ausgebrochen ist und es fast keine Medikamente für die Menschen mehr gibt. Es lässt sich nur erahnen, welche Auswirkungen das Virus für diese Menschen haben wird. Auch ohne Corona Virus sind die Hilfsprojekte und Hilfsorganisationen vor Ort auf Spenden aus Deutschland und anderen Ländern angewiesen. Damit ihre Arbeit weiterhin gesichert ist und sie sich bestmöglich auf die Folgen der Coronavirus-Pandemie in den Regionen vorbereiten können, brauchen sie unsere Unterstützung. Unsere Solidaritätsbekundungen und Spenden innerhalb Deutschlands dürfen deshalb nicht in Konkurrenz zu den Hilfsaktionen und Hilfsorganisationen in diesen Regionen treten. In dem Werben um Spenderinnen und Spender dürfen wir nicht vergessen, dass uns die Coronavirus Pandemie zwar hart, aber überwiegend wirtschaftlich treffen wird. In anderen Regionen dieser Welt wird sie vor allem Menschenleben kosten. Der Virus zeigt, wie stark wir global miteinander vernetzt

und wie wir als globale Schicksalsgemeinschaft unabhängig von der geographischen Lage betroffen sind. Diese gemeinsame Betroffenheit sollte sich auch in unserer Solidarität ausdrücken. Neben unserer Hilfe für die Betroffene in Deutschland müssen wir unsere Solidaritätsbekundungen daher auch über die nationalen Grenzen hinaus an die Menschen richten, die um ihr Leben fürchten müssen. Der Corona Virus betrifft uns alle. Wir alle müssen einander helfen.

**Rupert Graf Strachwitz:
Eine Kolumne von Rupert Graf Strachwitz**

Niemand darf den bürgerschaftlichen Raum, den Raum der Zivilgesellschaft bedrängen und beschneiden, auch jetzt nicht. Jeder muss auch in der Krise eine aktive, ideenreiche, unbequeme Zivilgesellschaft spüren. Wir brauchen sie als Wächterin über unsere Grundrechte, über unsere Freiheit – gerade in Zeiten der Krise.

Rund 30 Millionen Bürgerinnen und Bürger engagieren sich ehrenamtlich in den über 600.000 Organisationen der deutschen Zivilgesellschaft. Diese beschäftigen auch 3,7 Millionen sozialversicherungspflichtige und geringfügig beschäftigte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Viele von ihnen können weder im Home Office arbeiten noch Abstand zu ihren Mitmenschen halten, sondern pflegen, helfen, dienen der Allgemeinheit hautnah, rund um die Uhr.

Unsere Politiker sprechen von der Not der Wirtschaft und des öffentlichen Gesundheitssystems. Von der Not – und Bedeutung – des bürgerschaftlichen Raums hört man wenig. Die Zivilgesellschaft bekommt vielleicht gerade mal ein wohlfeiles warmes Wort. Die österreichische Regierung hat mehrfach betont, dass auch die Organisationen der Zivilgesellschaft vom staatlichen Rettungsschirm erfasst werden. Die deutschen Regierungen haben bisher daran nicht gedacht. Immer mehr Vereine und Verbände melden sich und fordern ihn für sich ein. Sie müssen das, denn sie sind genauso bedroht wie die Unternehmen.

Es geht aber um viel mehr als nur um Geld! Corona ist nur der Auslöser für eine tiefe Krise der Gesellschaft. Wir wissen schon jetzt, dass nach Corona vieles anders sein wird und sein muss als vorher. Ohne Zivilgesellschaft werden wir aus der Krise nicht herausfinden!

In der Krise brauchen wir eine starke Regierung. Sie muss Entscheidungen treffen, auch schmerzliche und unbequeme. Aber wir sehen mit Argwohn, wer alles in dieser Krise sein persönliches Süppchen kochen will – nicht selten zu Lasten von Freiheit und Demokratie. Das Gerangel um neue Macht hat schon begonnen, nicht nur in Ungarn. Um die Krise zu überwinden, können wir darauf gut verzichten – aber nicht auf nur eine gute Idee! Wir brauchen deshalb jetzt die Zivilgesellschaft nicht nur für konkrete, praktische Hilfe.

Der Not gehorchend sind wir alle zur Zeit isoliert; unsere sozialen Kontakte sind in Gefahr zu verkümmern. Wir brauchen die Zivilgesellschaft als Ort der Gemeinschaftsbildung. Sie muss aktiver werden denn je, um Menschen zusammenzuführen – virtuell und so bald wie möglich wieder physisch, in Kirchengemeinden und Chören, auf Demonstrationen, in sozialen Bewegungen und Seniorentreffs, und vor allem um gemeinsam darüber nachzudenken, wie es weitergehen soll. Wir brauchen trotz aller technischen Möglichkeiten, die uns im Moment so helfen, so bald wie möglich wieder Chancen, uns zu treffen und miteinander zu sprechen. Wir

brauchen die lokalen Bürgerinitiativen, die Nachbarschaftshilfen und Sportvereine. Sie sind das Fundament unseres Gemeinwesens. Wir brauchen die Zivilgesellschaft mehr denn je in ihrer Funktion als Ort der deliberativen Demokratie, wo Bürgerinnen und Bürger aktiv an der Gestaltung des Gemeinwesens mitwirken. Die Corona-Krise darf nicht dazu führen, dass der Staat, dem vieles in den letzten Jahrzehnten entglitten ist, „die Dinge wieder in die Hand nimmt“. Wir wollen keine chinesischen Verhältnisse, in denen alles, was nicht gerade passt, vertuscht wird – auch eine beginnende, gefährliche Epidemie. Dazu brauchen wir die vielen Bürgerinnen und Bürger, die aufpassen und kritisieren.

Unsere anderen Herausforderungen sind nicht plötzlich verschwunden, nur weil das Virus grassiert und alles andere aus den Medien verdrängt hat. Wir brauchen so bald wie möglich wieder Fridays for Future, um Politikern und Verwaltungen Beine zu machen. Wir brauchen Pulse of Europe, um immer und immer wieder daran zu erinnern, dass unsere Zukunft Europa heißt. Wir brauchen die vielen großen und kleinen Organisationen, in denen Menschen freiwillig und oft unentgeltlich mitarbeiten. Sie sind die Garanten einer offenen Gesellschaft. Wir brauchen sie, um die neuen Ideen für die Zukunft zu entwickeln, denn hier entstehen, wie wir wissen, oft die guten Ideen.

Niemand darf sich in der Ausnahmesituation wohlig einrichten. Niemand darf den bürgerrechtlichen Raum, den Raum der Zivilgesellschaft bedrängen und beschneiden, auch jetzt nicht. Jeder muss auch in der Krise eine aktive, ideenreiche, unbequeme Zivilgesellschaft spüren. Wir brauchen sie als Wächterin über unsere Grundrechte, über unsere Freiheit – gerade in Zeiten der Krise.

Staat und Wirtschaft sind kein Selbstzweck; sie sind für die Menschen da. Menschen suchen persönliche Erfüllung, wollen sich verwirklichen. Das tun sie vor allem dort, wo sie freiwillig hingehen – in der großen Arena der Zivilgesellschaft. Auch deshalb muss sie groß und stark sein. Wir dürfen sie nicht verkümmern lassen.

Rupert Graf Strachwitz: Zur Europawoche – Ein Blick über die Grenzen

Europas Regierungen reagieren unterschiedlich auf die Corona-Krise. Dies gilt auch für ihren Umgang mit der Zivilgesellschaft. Und auch die Zivilgesellschaft selbst agiert und reagiert unterschiedlich.

Europa ist von Covid-19 unterschiedlich stark getroffen worden. Während Italien und Spanien unvorstellbare Belastungen zu ertragen hatten und Großbritannien als Folge der Entscheidungsschwäche der Regierung ebenfalls besonders hart getroffen wurde – von den Zuständen in den Flüchtlingslagern in Griechenland ganz zu schweigen –, kommen andere Länder – jedenfalls bis jetzt – relativ glimpflicher davon. Jede Regierung stand vor anderen Entscheidungen, weil sie mit unterschiedlichen Verhältnissen zu tun hat – dem öffentlichen Gesundheitswesen, den älteren Menschen usw. Überall ist jedoch gemeinsames Nachdenken über alle denkbaren Grenzen hinweg und solidarisches Handeln das Gebot der Stunde. Die Gelegenheit zu politischer Profilierung zu nutzen, ist schäbig; nur eigenen Experten und Kommentatoren zu vertrauen, die, aus welchen Gründen auch immer, Zugriff auf die Mikrophone der

Medien haben, ist zu wenig. Auch in der Zivilgesellschaft, die diesen Zugriff meist nicht hat, gibt es Experten.

Es ist unverantwortlich, wenn die Regierungen nicht mit allen verfügbaren Kräften zusammenarbeiten. Die Zivilgesellschaft verfügt über Kräfte; sie ist aber auch betroffen. Hier tun sich Unterschiede auf, die nichts mit unterschiedlichen Ausgangssituationen oder Verhältnissen zu tun haben. Vielmehr wird deutlich, was auch vorher vorhanden war: eine große Verschiedenheit im Verhältnis des Staates zur Zivilgesellschaft im Land. In der ersten Phase ging es primär um die großen gemeinnützigen Dienstleistungsorganisationen. Rettungsdienst und Krankentransport und eine Vielzahl von ambulanten sozialen Diensten waren und sind in der Pandemie mehr denn je beansprucht. Überwiegend liegen diese Dienste in Deutschland ebenso wie anderswo in Europa in den Händen zivilgesellschaftlicher Organisationen; eingesetzt werden neben haupt- und nebenamtlichen auch zahllose ehrenamtliche Einsatzkräfte; für sie konnte es kein Home Office, keinen Shutdown, keinen Lockdown geben. An öffentlichen Aufrufen zur Mithilfe wie sie bei Naturkatastrophen oder in der Flüchtlingskrise notwendig und höchst erfolgreich waren, besteht bisher allerdings kein Bedarf.

In Österreich war die Zivilgesellschaft vom Beginn der Krise an in alle Planungen einbezogen. Das Österreichische Rote Kreuz war beispielsweise von Anfang an Ansprechpartner und genoss eine unangefochtene Expertenstellung. Vom ersten Moment an wurde bei allen Überlegungen zu Hilfsprogrammen und Rettungsschirmen immer von der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft gesprochen (Näheres: hier). An einem Webinar des NPO-Instituts der Wirtschaftsuniversität Wien und der Interessenvertretung gemeinnütziger Organisationen (IGO) mit dem Titel, 'Covid-19-Pandemie, Lockdown und die Folgen für den dritten Sektor' am 30. April konnte jeder Interessierte teilnehmen.

In Großbritannien gab es Bedarf an Freiwilligen. Auf einen Aufruf des nationalen Gesundheitsdienstes NHS hin meldeten sich in einer Woche 750.000 Bürgerinnen und Bürger. Die britische Regierung legte aber auch ein eigenes Hilfsprogramm im Umfang von 750 Millionen GBP für ‚charities‘ auf – so nennt man dort zusammenfassend alle als gemeinnützig, oder, wie es im Amtsdeutsch heißt, als steuerbegünstigt anerkannten Organisationen. Die *Charity Commission*, die für die Regulierung und Kontrolle aller Organisationen zuständige Staatsbehörde (für England und Wales, in Schottland *Office of the Scottish Charity Regulator*) veröffentlichte am 7. April Richtlinien und Empfehlungen für den Umgang der Organisationen mit den Besonderheiten der Krisensituation. Ebenso hält der Dachverband der britischen zivilgesellschaftlichen Organisationen NCVO auf seiner Webseite umfassende Informationen bereit. Aus anderen europäischen Ländern und sogar aus den USA ließe sich ähnliches berichten.

In Deutschland ist das Bild wie so oft diffuser, und die Informationen fließen spärlicher. Nur wenige Dachverbände, beispielsweise der Deutsche Kulturrat und VENRO, bieten ihren Mitgliedern aktiv Unterstützung und liegen ebenso aktiv der Bundesregierung in den Ohren. Diese hat sich bisher nicht dazu hinreißen lassen, das bürgerschaftliche Engagement zu würdigen, das in den Organisationen oder auch ganz spontan im Einsatz ist. Von der für Engagement zuständigen Ministerin war dazu bisher nichts zu vernehmen. Auch die Medien konzentrieren sich auf die Nöte von Politik und Wirtschaft und übersehen beispielsweise geflissentlich, daß 50% aller Krankenhausbetten in Deutschland in Einrichtungen zivilgesellschaftlicher Träger stehen. Ein speziell auf die Zivilgesellschaft zugeschnittenes Hilfsprogramm gibt es nicht; die Rettungsschirme sind nicht als solche ausdrücklich über der Zivilgesellschaft aufgespannt

worden. Kurzarbeitergeld können Mitarbeitende von gemeinnützigen Organisationen unter Umständen erhalten, bei anderen Hilfsmaßnahmen fallen sie durch das Raster.

Etwas anders sieht es in manchen Ländern aus. Landesregierungen haben verschiedentlich das bürgerschaftliche Engagement in der Krise anerkannt. In Berlin konnten auch gemeinnützige Organisationen vom Soforthilfeprogramm der IBB profitieren, mußten allerdings erst einmal verstehen, daß mit der Formel „...unterstützt das Land Berlin die Berliner Wirtschaft...“ auch sie gemeint waren.

Im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern ist es bisher nicht gelungen, öffentlich zu machen, was die Zivilgesellschaft jetzt braucht, noch viel weniger, was sie anzubieten hat oder wozu sie sich herausgefordert fühlt, um die Krise zu meistern. Es bleibt wohl einigen wenigen Exponenten vorbehalten, darauf aufmerksam zu machen. An europäischer zivilgesellschaftlicher Solidarität wird es dabei nicht fehlen.

Stefan Toepler: USA: Corona, George Floyd, Trump oder was?

Wie konnte es dazu kommen, dass die von Tocqueville beschriebene Demokratie einen Sonnenkönig gekürt hat? – Bestandsaufnahme der aktuellen Situation in den USA und Gedanken zu Trumps Präsidentschaftskandidatur.

Die Ausgangslage

Der Coronavirus hat die Vereinigten Staaten inmitten einer wachsenden Entzweiung getroffen. In Krisenzeiten blicken die Amerikaner zu ihren Präsidenten, von denen erwartet wird, dass sie entsprechende Wort finden, um die Nation zu vereinen, und ggfs. Taten folgen zu lassen. Dieser Norm, wie vielen anderen, entzieht sich Präsident Trump. Sein *modus operandi* besteht aus Spaltung statt Zusammenführung und die Tagespolitik zielt immer nur darauf seine Basis anzuhetzen und die Gesellschaft weiter zu polarisieren. In diese gesellschaftspolitische Krise wurde die sich anbahnende Coronavirus-Krise gleich vereinnahmt; und die damit verbundene Wirtschaftskrise verschärfte die sozialen Spannungen weiter, die sich zumindest z.T. in den Protesten entluden, die von einem ganzen Bündel rassistischer Vorfälle angefacht wurden, darunter die Tötung von George Floyd durch einen Polizisten. Systematischer Rassismus und strukturelle soziale Ungleichheiten, die weite Teile der Bevölkerung am amerikanischen Traum zweifeln lassen sind Ursachen, die Trump lange prädatieren. Er zeigt sich aber bemerkenswert unwillig oder unfähig gegenzusteuern oder Wogen zu glätten. Obwohl er so eher Symptom als Grund der gesellschaftlichen Grundprobleme ist, ist er nach Art und Amtsauffassung, ein entscheidender Beiträger zu der politischen Krise, die das derzeitige amerikanische Krisenpotpourri komplementiert.

Wenn Donald Trump ansatzweise Allgemeinbildung besäße, wäre ohne Zweifel Louis XIV. seine Leitfigur, denn “l'état, c'est moi“ ist zweifelsfrei das Prinzip, unter dem er seine Regierungspflichten versteht: Der Präsident hat uneingeschränkte Entscheidungsvollmachten und steht über allen Rechenschaftspflichten. Bei seiner Wahl war noch viel von Leitplanken die Rede, die ihn schon auf die richtige Bahn bringen würden, aber eine nach der anderen wurde abgesägt und sein willfähriger jetziger Justizminister, William Barr, demontiert die letzten und

bringt auch das (prinzipiell unabhängige) Justizministerium unter Trumps willkürliche Botmäßigkeit.

Wie konnte es dazu kommen, dass die von de Tocqueville noch so beschworene Demokratie in Amerika nun einen neuen Sonnenkönig gekürt hat? Hier lässt sich verschiedenes anmerken:

Obgleich die amerikanischen Kollegen auch weiterhin ihre Konstitution venerieren werden, scheint die Frage zunehmend zulässig, ob die amerikanische Verfassung wirklich das Pergament wert ist, auf das sie abgeschrieben wurde. Dass das konstitutionelle Kartenhaus erst jetzt am Wanken ist, scheint eher daran zu liegen, dass bisher noch niemand ernsthaft daran gewackelt hatte. Das Grundproblem ist, dass die Amerikaner immer nur auf die in der Verfassung verbrieften individuellen Rechte und Freiheiten pochen, sich der dazugehörigen Pflichten aber völlig unbewusst sind oder selbe unter den Tisch fallen lassen. Das Recht des Stärkeren, auf das Trump setzt — letztlich wieder durch die Androhung das aktive Militär einzusetzen, um Ausschreitungen in den ersten Protesttagen zu unterbinden — hört nicht unbedingt dort auf, wo Rechte anderer eingeschränkt werden, wie z.B. das Recht friedlich Protestierender auf Versammlungsfreiheit und darauf, nicht durch Tränengas und berittene Polizei vom Vorplatz des Weißen Hauses vertrieben zu werden.

Die republikanischen Kollaborateure im Senat sind wie ein Vichy-Regime, das bei der Zersetzung ihrer einst so vergötterten Demokratie wohlgefällig und munter dabei mithilft, die **Leitplanken aus dem Weg zu schaffen**.

Schon seit den Zeiten des Wilden Westens sind die Amerikaner gerne auf Quacksalber, Scharlatane, und Schlangenölverkäufer reingefallen. In welchem Western tauchen sie nicht auf? Zudem standen Amerikaner Intellektuellen, sog. Eierköpfen, auch schon seit jeher ablehnend gegenüber, was sich auf die komplizierte Religionsgeschichte des Landes zurückführen lässt. (Wissenschaft lässt sich nicht leicht mit einer wörtlichen Auslegung der Bibel vereinen.) Dass Trump Bildung und Kapazitäten zum kritischen Denken fehlen bei gleichzeitiger trickbetrügerischer Bauernschläue verankert ihn tief in gewissen Strängen der Nationalpsyche und macht ihn für rund 40% der Bevölkerung zum idealen Anführer, zumal er auch immer wieder gerne etwas frömmelt, wenn es denn hilfreich ist.

Die Proteste richten sich gegen die Polizei. Das ist richtig so, weil sich die Polizei hier nicht als dein Freund und Helfer sieht, sondern eher in der Tradition von Wyatt Earpe in der Schießerei am O. K. Corral bis hin zu Kinohelden wie Dirty Harry. Erschwerend kommt hinzu, dass alle möglichen Dinge über die Jahre auf die Polizei abgewälzt wurden, die wenig bis nichts mit der Ausübung polizeilicher Funktionen zu tun haben. *Defunding police* heißt Gelder an Sozialarbeiter, Jugendfürsorge und Gesundheitsdienste umzuleiten, anstatt jedes Mal Streifenwagen mit schwerbewaffneten Polizisten am Steuer loszuschicken.

Die Probleme mit der Polizei sind eigentlich auch nur Symptome der weiteren sozialen Ungleichheit und Ungerechtigkeit und des sozialen Futterneids, der den systematischen Rassismus schon lange forciert und gerade von den Republikanern schon seit den 80er Jahren angetrieben wurde. Der Abbau des ohnehin schwachen Sozialnetzes wurde damals durch Verweis auf rein fiktive *welfare queens* in Cadillacs begründet. Der weißen Bevölkerung, besonders den armen, ungebildeten Teilen davon, wurde damit zu verstehen gegeben, dass der quasi-‘sozialistische‘ Wohlfahrtsstaat großspurig umverteilt, zugunsten der armen schwarzen

Bevölkerung in den verwahrlosten Innenstädten, die sich dadurch ein schönes, laues Leben machen und dies alles auf Kosten der redlichen Arbeit der weißen Landbevölkerung. Diese realitätsferne Wahrnehmung hält sich hartnäckig.

Die Zivilgesellschaft?

Und die Zivilgesellschaft, die de Toqueville noch als das Präventiv der Tyrannei gesehen hatte? Die spontanen zivilgesellschaftlichen Aktionen, d.h. die Proteste, waren natürlich erfreulich, besonders weil sich zum ersten Mal auch weitere Teile der weißen Mehrheit mit den Minderheiten solidarisiert haben. Das eher Unerwartete daran ist, dass die Protestaktionen von den Großstädten mittlerweile auch auf kleinere Städte und selbst ländliche Gebiete übergeschwappt sind, die überwiegend bis nahezu völlig weiß sind. Hier engagieren sich vor allem Jugendliche, die über die sozialen Medien zu Märschen aufrufen, aber auch ältere Generationen laufen mit. Dies hat durch aus Potenzial sich zu einer neuen sozialen Bewegung zu entwickeln. Allerdings beginnt sich Black Lives Matter (BLM) in eine dauerhafte Bewegung zu kristallisieren. Eine Nonprofit-Organisation mit offiziellen Ortsgruppen in etlichen Großstädten besteht schon seit einigen Jahren und dürfte sich jetzt als zentrale Anlaufstelle für neue Spender- und Stiftungsinteressen erweisen. Viele Protestaktionen sind aber nach wie vor spontan organisiert und die sich entwickelnden inoffiziellen Gruppen gerade außerhalb der großen Städte gilt es noch zu organisieren. Zugleich fällt es den Vertretern der Demokratischen Partei wie gewöhnlich schwer, ein bisschen weiter über den eigenen Tellerrand zu gucken und der Bewegung eine glaubhafte politische Plattform zu geben, die die Politik für die Zwecke der Bewegung einsetzt und sie nicht für andere parteipolitische Kalküle einzuspannen sucht.

Allerdings machen sich auch andere organisierte Teile der Zivilgesellschaft die Proteststimmung nutzbar, nämlich etliche Umsturzmilizen, wie z.B. die "Boogaloo Bois," die u.a. gerne einen neuen Bürgerkrieg anfachen würden und häufig mit Sturmgewehren und militärischen Schutzwesten in Hawaiihemden auflaufen. Einige Sicherheitskräfte, die während der ersten Unruhen angeschossen und sogar getötet wurden, fielen dieser Truppe zum Opfer, deren Namen und Neigung zu Hawaiihemden sich auf infantile Witze aus den tiefsten Abgründen des Internets zurückführen lassen. Zahlreiche andere Milizen, die die Amerikanische *uncivil society* bevölkern, tragen ihre Sturmgewehre nun bei den Protestmärschen auf dem Land zur Schau, vorgeblich um die Städte und Ortschaften vor Krawallmachern von der Antifa zu schützen, jedoch eigentlich eher um die Protestläufer einzuschüchtern.[1] Ob man hierbei an die Vigilanten-Truppen des Wilden Westens denken möchte oder sich an die Rolle der Freikorps in der Weimarer Republik erinnert fühlt, ist vielleicht Geschmacksfrage.

Die eigentliche organisierte Zivilgesellschaft dagegen ist eher recht still im allgemeinen Getöse. Die gemeinnützigen Dienstleister sind entweder direkt in der Krisenbewältigung involviert, quasi-stillgelegt, oder lassen einen Minimalbetrieb weiterlaufen. Die Organisationen des Gesundheitsbereiches stehen natürlich an der Vorderfront, aber auch andere Einrichtungen für Risikogruppen, wie Heime, Einrichtungen für Obdachlose oder für den Frauen- und Kinderschutz fallen hier mit herein. Für diese Organisationen entstehen einerseits neue Kosten durch Seuchen-Mitigation, andererseits fallen Einkommensquellen weg. Andere Teile des gemeinnützigen Bereichs mussten den Betrieb einstellen darunter Sportstätten, Kultureinrichtungen oder Bibliotheken. Weitere konnten ihre Arbeit modifizieren und zumindest einen Teilbetrieb weitgehend durch Digitalisierung der Dienste aufrechterhalten. Aber auch hier entstanden neue Kosten bei rückläufigen Einnahmen. Im Gegensatz zu Deutschland wurde der

wirtschaftliche Schutzschirm von Anfang an auch über dem gemeinnützigen Bereich aufgespannt. Das Lohntütenerhaltungsprogramm (*paycheck protection program*) für Kleinbetriebe bis zu 500 Mitarbeitern greift auch für Nonprofit-Organisationen. Die Darlehen, die in Subventionen umgewandelt werden, falls die beteiligten Unternehmen ihre Arbeitskräfte bis in diesen Sommer halten, scheint den gemeinnützigen Bereich bislang über Wasser zu halten. Die Angst, dass ein Großteil des Nonprofit-Sektors die Krise nicht überleben könnte bleibt trotzdem bestehen und ist so akut, dass eine Handvoll von Großstiftungen, darunter Ford, jetzt einzigartig beschlossen haben, auf ihr Stiftungsvermögen verbürgte Anleihen auszugeben, die aus zukünftigen Investitionsgewinnen zurückbezahlt werden sollen.

Wie könnte es im November weitergehen?

Wie John Bolton gerade kolportierte, hat Trump Xi gebeten, ihm indirekt bei der Wiederwahl zu helfen. Trotz des Ärgernisses des Handelskrieges, finden einige Stimmen, dass China eine zweite Amtszeit durchaus zupassekäme, da sie den globalen Einfluss der USA weiter verringern und den Aufstieg Chinas zur Führungsmacht somit fördern würde.

Dieses wäre unter Republikanern in der Vergangenheit absolut undenkbar gewesen. Aber Trump aus dem Verkehr zu ziehen, werden sich die Republikaner wahrscheinlich nicht trauen. Sie haben glasklar bewiesen, dass Prinzipientreue und Zivilcourage keinen Platz in der Partei haben, in der es nur um nackte Machterhaltung um wirklich jeden Preis geht. Könnte Trump selbst das Handtuch werfen? Es kann nicht ausgeschlossen werden, aber es ist schwer vorstellbar, dass harte Realitäten seine Wirklichkeitsverleugnung durchdringen, obgleich die ersten Beobachter bereits eine einsetzende Amtsmüdigkeit sehen wollen, was allerdings zurzeit noch als Wunschdenken gelten kann.

Trotzdem erscheint es anderen als wahrscheinlicher, dass er als Verlierer das Wahlergebnis anfechtet wegen Wahlbetrugs und dass im Extremfall die schwer bewaffneten Trump Fans anfangen, um sich zu schießen, falls er unfreiwillig entmachtet wird. Das Wahlbetrugsszenario hat er in der Tat schon angefangen zu sondieren ...

Dass er einen *coup d'état* versucht und die Armee aufruft, ihn zu stützen, wurde auch schon als Szenario beschworen, aber dass die Armee da mitmacht, eher nicht. Zweifellos gibt es im Fußvolk viele Trump-Anhänger und mit Sicherheit auch Sympathisanten im Offizierskorps (wie z.B. der jetzige Senator und Hauptmann a.D. Tom Cotton, der tatsächlich angeregt hatte, die 101. Luftlandedivision in die Großstädte zu fliegen, um Krawalle zu unterbinden), aber das auf die Verfassung eingeschworene Ethos der Offizierskaste wird selbst Trump nicht knacken.

Ist es unwahrscheinlich, dass es Feuergefechte bei seiner Abwahl geben könnte? Unwahrscheinlich vielleicht, undenkbar ist es aber nicht. Dabei könnte es sein, dass die Armee ausrückt, um Gewalttätigkeiten zu unterbinden, aber das ginge nicht ohne Anweisung des Präsidenten, und Trump hat ja schon angekündigt, dass bei einer wahlbetrugsbedingten Abwahl die Leute auch gewaltbereit an seiner Seite stehen würden. Laut dem "The Hill"-Artikel vom 14.3.2019 sagte Trump, „I can tell you I have the support of the police, the support of the military, the support of the Bikers for Trump – I have the tough people, but they don't play it tough — until they go to a certain point, and then it would be very bad, very bad.“

Dass Trump wiedergewählt wird, sollte und kann auf gar keinen Fall ausgeschlossen werden. Das wäre ärgerlich und sehr enervierend, aber nicht das Schlimmste. Das Schlimmste wäre,

wenn er wiedergewählt würde und seine republikanischen Mitläufer im Senat ihre Mehrheit behielten. Dann wäre in der Tat Land unter. Wenn die Demokraten jedoch den Senat gewinnen, werden ihm die Hände weitgehend gebunden sein, und der Senat würde ihm so zusetzen, dass er sich zum Sieger erklären („I made America great again“) und das Handtuch dann doch werfen würde.

Natürlich ändert sich die Lage täglich und es kann durchaus nicht ausgeschlossen werden, dass er noch einen Bock abschießt (oder schon abgeschossen hat, über den nur noch nichts bekannt ist), der ihm selbst die Unterstützung der Republikaner entzieht. Amerika, Du hast es besser? Wohl eher nicht mehr ...

[1] Nota bene: Auftritte der Antifa bei den Krawallen konnten bisher nicht nachgewiesen werden.

Henning von Vieregge: Wehrt Euch! Wege aus der Altersfalle

Das alte Schema „alt gleich krank“ wird in COVID-19 Zeit wieder hervorgeholt. Alle Alten werden zur Hochrisikogruppe ernannt und aufgefordert, sich zurückzuziehen. Im jetzigen Kampf gegen die Pandemie darf die Kluft zwischen Alt und Jung durch aktivierte Vorurteile nicht aufgerissen werden.

Im Gefolge von COVID-19 können die Bemühungen von Expertinnen und Experten, für ein differenziertes Altersbild zu sorgen, davongefegt werden. Es droht die Rückkehr zu längst überwunden geglaubten Altersbildern. Jahrhunderte lang galt der Erfahrungssatz: „Wer heute alt ist, ist morgen tot.“ Auf diese Aussicht sollten sich die Alten einstellen, sie sollten beten und sich nicht länger ins Alltagsgeschehen einmischen und schon gar nicht ihre Interessen vertreten. Noch in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts hieß es seitens der Politik: Goldener Handschlag und ab in den Ruhestand, verbunden mit der Behauptung, dies sei Generationensolidarität. Als ob Arbeitsplätze eine feste Größe sind, geht der eine, kommt der andere. Mittlerweile hatte die Empirie dieses traditionelle Altersbild ad absurdum geführt: Geht man heute von der hierzulande gelernten Alters-Markierung 65 Jahre aus, dann sind diejenigen jenseits von 65 mittlerweile noch überwiegend fit und lassen sich – Alt 68er! – auch nicht beiseite drängen.

Dieser Erkenntnis- und Realitätsfortschritt ist nun ernsthaft in Gefahr. Das alte Schema „alt gleich krank“ wird in COVID-19 Zeit wieder hervorgeholt, alle Alten werden zur Hochrisikogruppe ernannt, und sie werden aufgefordert, sich zurückzuziehen und die anderen machen zu lassen. Es lebe die soziale Distanz! Fehlt nur noch, dass der Staat, dessen Führung behauptet, Geld spiele bei der Bekämpfung der Pandemie keine Rolle, für freiwilligen Rückzug eine Prämie auslobt. Bei null Direktkontakten gibt es die Höchstsumme.

Was notwendig wäre, ist nicht vorhanden, leider noch nicht: Um Pauschalierungen wie „Alle Alten sind ein Risiko und gehören eingesperrt“ zu vermeiden, bedarf es individueller Risikoeinschätzungen durch medizinisches Fachpersonal. Das Ergebnis müsste man in Form eines digitalen Gesundheitspasses bei sich haben. Sofort würde deutlich werden: Zuordnungen nach chronologischem Alter sind medizinisch falsch und gesellschaftlich ein Übel. Bekommt

das Gesundheitssystem es hin, medizinisches Fachpersonal rasch und entsprechend auszubilden? Digitalisierung jedenfalls hat allenthalben – man denke an die vielen Homeoffice Plätze – durch die Pandemie einen neuen Schub erfahren. Warum sollte es nicht möglich sein, für diejenigen, die das wollen, endlich eine digitale Akte herzustellen, aus der im Falle des Falles auch schon der Notarzt sich informieren kann und den Patientinnen und Patienten nicht aus Unwissenheit falsch behandelt?

Mit jenen, die ein hohes Risiko bei Ansteckung tragen, sollte über deren (Nicht-)Behandlungswunsch professionell gesprochen werden. Nicht alle wollen ans Beatmungsgerät. Um nicht missverstanden zu werden: Alles ohne Anordnung, alles auf freiwilliger Basis.

Und dann gibt es ja noch alle jene, die schon jetzt und auf absehbare Zeit eingesperrt sind. Hier schlägt – man kann sagen: mal wieder – die Stunde der Zivilgesellschaft. Wenn endlich der Test zur Überprüfung vorliegt, ob – vielleicht unbemerkt – schon Immunität erreicht wurde, dann sind diese Menschen, wiederum auf freiwilliger Basis, hochgeeignet, um den Seelenschaden der Pandemie zu lindern: Besuche in Altersheimen und Krankenhäusern und bei einsamen Nachbarn. Auch dies muss vorbereitet und staatlich unterstützt werden.

Ob es je eine Rückkehr in die vorherige Normalität gibt, kann uns niemand sagen. Die einen Expertinnen und Experten behaupten, die Pandemie markiere einen tiefen Einschnitt in der neueren Menschheitsgeschichte, andere lassen uns wissen, das Wahrscheinlichste sei das Wiederaufleben des Gewohnten. Die zweite Position spiegelt die individuelle Sicht, die erste die politisch-ökonomische.

Im jetzigen Kampf gegen die Pandemie geht es aber darum, die Kluft zwischen Alt und Jung durch aktivierte Vorurteile nicht aufzureißen, sondern im Gegenteil alle jene Älteren, die sich dazu in der Lage fühlen, zu ermuntern, sich am solidarischen Bemühen gegen das Abhängen ganzer Gruppen der Gesellschaft zu beteiligen. Die Älteren, die nicht in die Hilflosigkeit gedrängt, sondern zum Helfen ermuntert werden, wirken nicht nur seelen- und resilienzstärkend für Andere, sondern auch für sich.

Biographien

Jasmin Aksan ist Public und Non-Profit Managerin und arbeitet als Kommunikations-Koordinatorin der Maecenata Stiftung und arbeitete zuvor außerdem im Bereich Transnational Giving. Sie erreichen sie unter ja@maecenata.eu

Dr. Rolf Alter, an economist, manages the Philanthropy.Insight project of the Maecenata Foundation and is a Senior Fellow at the Hertie School of Governance. He spent over 25 years at the Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD) in Paris and was Director of Public Governance. For the last several years, he has been a member of the Advisory Board of the Global Risks Report of the World Economic Forum. Dr. Rolf Alter lives in Paris. Contact: ra@maecenata.eu.

Dr. Hind Arroub, a Moroccan political & social scientist, is the Founder & Director of the Hypatia of Alexandria Institute for Reflexion and Studies, a think tank. She is a Fellow of the Maecenata Foundation's MENA Study Centre. Contact: hindarroub1@gmail.com.

Dr. Elke Bojarra-Becker (Dipl.-Ing. Raumplanung) ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Institut für Urbanistik (Difu) und befasst sich seit über 20 Jahren mit der Rolle der Zivilgesellschaft in der Stadtentwicklung. Sie ist Fellow des Maecenata Instituts. Sie erreichen sie unter: bojarra@difu.de.

Daphne Büllsbach ist Geschäftsführerin der Humboldt-Viadrina Governance Platform in Berlin (HVGP). Bis Ende 2019 war sie Executive Director von European Alternatives und Kuratorin des Politik-, Kunst- und Kulturfestivals Transeuropa. Die Maecenata Stiftung ist über die angeschlossene 'Quelle Innovationsstiftung' Gesellschafterin der HVGP. Näheres dazu unter www.maecenata.eu/netzwerk-stiftung. Sie erreichen sie unter: dbuellesbach@governance-platform.org.

Finn Büttner studiert Islamwissenschaft (BA) an der Freien Universität Berlin und ist studentische Hilfskraft an der Maecenata Stiftung. Er arbeitet im Programm Transnational Giving. Sie erreichen ihn unter: fb@maecenata.eu

Wolfgang C. Goede, MA in Political Science and Communication Science, is a Science Journalist and Facilitator and is based in Munich, Germany as well as Medellín, Colombia. He contributes regularly to the publication series Opuscula of the Maecenata Foundation. His family's contribution to civil society had been "Hostal la Finca Cultures United", an International Center for Development Projects. Due to the corona crisis the service needed to be discontinued. Contact: [LinkedIn](#).

Marie-Catherine von Heereman ist Justiziarin und Compliance-Beauftragte der Maecenata Stiftung und ehrenamtlich Diözesanleiterin des Malteser-Hilfsdienstes im Erzbistum Berlin. Sie erreichen sie unter mh@maecenata.eu.

Dr. Siri Hummel ist Politik- und Kommunikationswissenschaftlerin und stellvertretende Direktorin des Maecenata Instituts. Ihre Forschungsschwerpunkte sind Demokratie und Zivilgesellschaft, sowie Gleichstellung in der Zivilgesellschaft und Stiftungsforschung. Sie erreichen sie unter sh@maecenata.eu.

Carmen Hussain kam 1985 als Volontärin zum Hope Project, blieb in Indien und unterstützte in unterschiedlichen Rollen den Aufbau des Projects. Heute ist sie Mitglied in den verschiedenen internationalen Organisationen zur Unterstützung des Hope Projects sowie im Vorstand der Organisation in Delhi.

Alexander Kauschanski studiert Politikwissenschaft im Master an der Universität Potsdam. Er vertrat als deutscher Jugenddelegierter die Belange junger Menschen bei den Vereinten Nationen. Seine Arbeitserfahrungen umspannen die Auswärtige Politik, Journalismus und internationale Jugendverbandsarbeit. Kauschanski veröffentlichte Artikel und Berichte für die Süddeutsche Zeitung, die Deutsche Welle und UNICEF. Sie erreichen ihn auf [LinkedIn](#).

Dr. Chris Lange ist im Erstberuf Sozialarbeiterin und wurde zum Thema Wohlfahrtsverbände und Europäische Union promoviert. Aufgrund ihrer langjährigen Mitgliedschaft in der International Society of Third Sector Research (ISTR) kennt sie das Maecenata-Institut und besucht gerne dessen Veranstaltungen, insbesondere zur MENA-Region. Nach neun Jahren Aufenthalt im Libanon ist sie inzwischen im Vorstand eines Vereins gegen Gewalt an Frauen und Kindern. Sie erreichen sie unter chrislange@snafu.des.

Goda Milasiute is currently pursuing a master's degree in International Relations at the Free University of Berlin, the Humboldt University of Berlin, and the University of Potsdam is a research assistant at the Centre for Humanitarian Action (CHA), an institution of the Maecenata Foundation. Contact: goda.milasiute@chaberlin.org.

Nathalie Prange is an intern at the Maecenata Institut. She completed her MSc. in Psychology and is currently pursuing her second master's degree in international Crimes, Conflict and Criminology at the Vrije Universiteit Amsterdam. Contact: [LinkedIn](#).

Dr. Eckhard Priller, ist Ökonom und Soziologe. Seine Forschungsfelder sind vor allem Dritter Sektor, Zivilgesellschaft, Zivilengagement und Spenden. Er ist wissenschaftlicher Co-Direktor des Maecenata Instituts. Sie erreichen ihn unter ep@maecenata.eu.

Malte Schrader studierte Soziologie (MA) an der Universität Potsdam und ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Maecenata Instituts. Er arbeitete in Indien und beschäftigt sich wissenschaftlich mit dem Hindu-Nationalismus in Indien. Sie erreichen ihn unter ms@maecenata.eu.

Prof. Dr. Stefan Toepler lehrt Nonprofit Management an der George-Mason-Universität in Arlington, USA und ist langjähriger Fellow des Maecenata Instituts. Zuvor forschte er unter anderem an der Johns-Hopkins-Universität in den USA. Sie erreichen ihn unter stoepler@gmu.edu.

Dr. Rupert Graf Strachwitz ist Politikwissenschaftler und Historiker und Leiter des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft sowie Vorsitzender des Vorstands der Maecenata Stiftung. Er befasst sich seit mehr als 30 Jahren ehren- und hauptamtlich, beratend, forschend und lehrend mit der Zivilgesellschaft. Sie erreichen ihn unter rs@maecenata.eu.

Dr. Henning von Vieregge ist Publizist und Dozent zu den Themen Verbandsmanagement, Altern, Engagement sowie Kirche und Zivilgesellschaft. Er ist assoziierter Forscher des Maecenata Instituts. Sie erreichen ihn unter henningvonvieregge@gmail.com.

AKTUELLE PUBLIKATIONEN AUS DER MAECENATA STIFTUNG

Reihe Maecenata Schriften | Erhältlich im Buchhandel oder über: www.schriftenreihe.maecenata.eu

Band 18: Rupert Graf Strachwitz, Eckhard Priller und Benjamin Triebe: **Handbuch Zivilgesellschaft**. 2020

Band 17: Siri Hummel: **Anstifter zur Beteiligung?** 2019

Band 16: Rupert Graf Strachwitz (ed.): **Religious Communities and Civil Society in Europe**. Vol. 2, 2020

Band 15: Rupert Graf Strachwitz (ed.): **Religious Communities and Civil Society in Europe**. Vol. 1, 2019

Reihe Opuscula | Kostenloser Download: www.opuscula.maecenata.eu

Nr. 141: Roland Roth: **Demokratie und Bürgerbeteiligung in Zeiten von COVID-19**. 2020

Nr. 140: Rupert Graf Strachwitz: **Basiswissen Zivilgesellschaft**. 2020

Nr. 139: Siri Hummel, Eckhard Priller, Malte Schrader, Rupert Graf Strachwitz
Spenden zwischen Gutes tun und Pflicht. Eine Studie zum muslimischen Spendenverhalten in Deutschland. 2020

Nr. 138: Oskar Böhm:
Bürgerliche Stiftungen im Sozialismus. Die Peter-Warschow-Sammelstiftung in Greifswald. 2020

Nr. 137: Julia Selle
Der effektive Altruismus als neue Größe auf dem deutschen Spendenmarkt. 2020

Nr. 136: Wolfgang Goede
Tandems of Lay Experts and Academic Experts. How New Societal Collaboration Models Enhance Societal Transformation. 2020

Nr. 135: Rupert Graf Strachwitz: **Der Kampf gegen Geldwäsche, Steuerhinterziehung und Terrorismus**. 2020

Nr. 134: Karen Ayvazyan
Civil Society and Democratisation in the Eastern Partnership Countries: A Shrinking Space Index. 2020

Nr. 133: Hind Arroub **The King, Religion, the State, and Civil Society in Morocco: Can Think Tanks Help?** 2020

Reihe Observatorium | Kostenloser Download: www.observatorium.maecenata.eu

Nr. 44 (*Research*): Urs Unkauf
Kasachstans Zivilgesellschaft im Aufbruch? 2020

Nr. 43 (*Policy*): Bernd Schlüter:
Wohlfahrtsverbände in Zivilgesellschaft und Sozialsystem. 2020

Nr. 42 (*Policy*): Daniel Ferrell-Schweppenstedde
How to Support Civil Society? Observations from the UK on advocacy efforts and government response. 2020

Nr. 41 (*Policy*): Christiana Weidel
Zivilgesellschaft in der Corona-Krise. Ein Telegramm aus Österreich. 2020

Nr. 40 (*Policy*): Rupert Graf Strachwitz
Die Corona Krise: Was bleibt? Was muss sich ändern? Oder: Was hat die Krise mit dem Shrinking Space zu tun? 2020

Beiträge in Sammelbänden und Zeitschriften | Auswahl

Rupert Graf Strachwitz: **Mitgestalten! Was kann und muss die Zivilgesellschaft tun?** In: Politik & Kultur. Zeitung des Deutschen Kulturrates. 5/20. S. 10.

Eckhard Priller: **Die Zukunft der Zivilgesellschaft**. In: Friso Ross/Mario Rund/Jan Steinhausen (Hrsg.): *Alternde Gesellschaften gerecht gestalten*. Verlag Barbara Budrich 2019, S. 97-107.

Rupert Graf Strachwitz: **Stiftungen und Wohlfahrtsstaat**. In: Matthias Freise/Annette Zimmer (Hrsg.): *Zivilgesellschaft und Wohlfahrtsstaat im Wandel – Akteure, Strategien und Politikfelder*. Wiesbaden: Springer 2019, S. 101-122.

